

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Verlagspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Herrmann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsspaltige Kolonne 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Um die Seele des industriellen Proletariats

Der Geist von 1914 geht wieder um, der Geist des Bürgerkriegs und der nationalen Solidarität. Das Pariser Diktat legt dem gesamten deutschen Volke eine gewaltige Last auf. Nun lassen die bürgerlichen Organe ihre Klattenfängermedien ertönen, um die Arbeiterklasse in die Ideologie des Vorkriegszeitalters zurückzubringen. Dabei wird der Neben Zweck verfolgt, das Proletariat der nächsten zwei Generationen zur höchsten selbstlosen Kraftanstrengung anzuspornen, wohl wissend, daß die gewaltige Reparationsforderung der Entente nur aus der einzigen Quelle Arbeit geschöpft werden kann.

Nun haben sich seit dem Kriege im deutschen Bürgertum ideologisch gründliche Wandlungen vollzogen. Als der militärische Zusammenbruch, fälschlich Revolution genannt, im November 1918 erfolgte, war auch das Bürgertum entsetzt. Auch aus seinen Reihen kamen lebhaftere Proteste über den Verrat, den die militärischen Gewalttäter am deutschen Volke verübt hatten. Über Nacht wurden sie zu „überzeugten“ Republikanern und entfernten die Kaiserbilder aus ihren Gemächern. In den Parteisekretariaten der sozialistischen Parteien meldeten sich haufenweise honette Vertreter des Bürgertums zur Mitgliedschaft und erklärten, daß sie eigentlich schon immer auf „sozialistischem“ Boden gestanden hätten. Doch je mehr sich die ökonomische Tatsache herausstellte, daß soziale Revolutionen in ihrer vollen Auswirkung nur in langem zähem Kampfe durch das Proletariat errungen werden können und somit die wirtschaftliche Herrschaft des Bürgertums nicht unmittelbar durch die Proletariermacht bedroht ist, stellten sich die ursprünglichen Zustände in parteipolitischer Gliederung wieder her. Das Bürgertum wurde wieder antirevolutionär und monarchistisch. Lord Byron hatte das liberale Spießertum schon richtig gekennzeichnet:

Sie haben Königsmördern Ruhm verliehen —
Sie haben alle Könige gelobt.
Sie haben hoch die Republik geschrien
Und wieder gegen Republik getobt.
Jetzt sind sie liberal, doch stets artig
Den Tod zu wünschen und die Haut — wenn nötig.

Das Wiebergutmachungsdiiktat der Entente soll das Mittel werden, auch die Arbeiterschaft in die nationalistische Ideologie zurückzuführen.

Es ist ein langwieriger Kampf um die Seele unseres Volkes, ja man kann sagen, eigentlich nur mehr ein Kampf um die Seele des sogenannten industriellen Proletariats. Denn es zeigt sich täglich mehr, daß die bürgerlichen Schichten, vor allem die Intellektuellen, in ihrer übergroßen Mehrheit den Revolutionsrausch ausgeträumt haben. Die Wege zu finden, auch der Industrie- und Landarbeiterschaft die großen gemeinsamen Belange eines Volkes wieder nahe zu bringen, ihr das Verständnis für die unvergänglichen Eigenschaften und Werte des gemeinsamen Blutes zu erschließen, den Klassenkampf hinter den Kampf der Nation um ihr Dasein zurückzuführen, den nutz- und fruchtlosen, zur feilschen Seere führenden sozialistischen Materialismus durch einen persönlichen und völkischen Idealismus zu überwinden, das ist die große Aufgabe, das menschliche und nationalpolitische Ziel der Gegenwart, des Schicksals der Besten wert.

So schreibt der berühmte U-Boot-Baumeister in Nummer 73 seiner Bergisch-Märkischen Zeitung. Man muß eigentlich staunen über die Unversorgenheit solcher Kriegshege. Gerade Baumeister und Konfekten waren es, die dem Volke mit mathematischer Genauigkeit vorrechneten, daß mit dem Eintritt des verschärften U-Bootkrieges die Engländer in soundsoviel Wochen auf den Knien um Frieden bitten würden. Gerade diese Gesellschaft betörte das Volk mit dem Geschwätz, daß die „Feinde“ alles bezahlen müßten. Nun, wo ihre Politik mit dem Zusammenbruch des gesamten Volkes gedeutet hat, schimpfen sie auf die „internationale Demokratie“ und suchen auch die Arbeiter in ihre Wege zu locken. Diesen völkischen Schmalmeien gegenüber muß einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, wie die Verhältnisse heute in Deutschland liegen.

Wie sieht es in Deutschland aus? Franzosen und Engländer, die jetzt in großer Zahl Deutschland bereiten, sind entsetzt, welcher Luxus heute in Deutschland herrscht. Während die Schuljunge feststellen müssen, daß die heranwachsende Jugend sich anormal entwickelt, daß bis 40 Prozent derselben nicht das Normalgewicht aufweist, schwelgt und prahlt der reue und der alte Reichtum. In überfüllten Weinlokalen werden Summen ausgegeben, die ein Proletarier nicht im Monat an Verdienst erhält. Mit dicken Pelzen und schwerer Seide behangen, führen die weiblichen Parasiten ihre mehr oder weniger unanbaren Körper durch die Straßen der Großstadt. In einem Jahre ist für eine Milliarde Schaumwein konsumiert worden. Eine holländische Vitrofirmen verteilte 38 Prozent Dividende mit dem Hinweis, daß es durch gesteigerte Ausfuhr nach Deutschland möglich war, dieses günstige Resultat zu erzielen. In Nr. 67 des Berliner Tageblatts ist über die Weinlese 1920 folgendes zu lesen:

Da die Hochgewächse des Rheingaus durchweg Trockenbeerenauslese sind, so konnten sie fast ausschließlich nur in Viertelstücken zu 300 Liter Inhalt zum Angebot. So ergab ein Viertelstück 1917 Hermannshäuser Hölleberg 77300 Mk., 1917er Rudesheimer Schloßberg Hochdeulauslese 100300 Mk., 1918er Hattenheimer feinste Trockenbeerenauslese 131300 Mk., die gleiche vom Eltwiller Zaunberg 136000 Mk.; die des ugelgeräumten Steinbergs kam bis auf 143000 Mk. Endlich brachten der 1918er Rautentaler Waifen, feinste Trockenbeerenauslese, 186000 Mk., und der Rautentaler Waifen-Gehr das schwindelnd hohe Gebot von 241000 Mk., wohl gemerkt, immer für 300 Liter Wein. Die letztgenannte Marke wird unter 1000 Mk. die Flasche nicht zu haben sein.

Und nun erst die Gewinne des Industrie-, Handels- und Bankkapitals! Die hohen Dividendenbeträge allein schreien zum Himmel. Gar nicht zu reden von den

Zwischengewinnen, die erzielt wurden. Wurde doch erst kürzlich wieder der Abschluß der Firma Schiege (Leipzig), Fabrik für Eisenbahnmateriale, bekannt, die 30 Prozent Dividende und eine Gratisaktie, also insgesamt 130 Prozent ausschütten konnte. Die Deutsche Petroleum-Aktien-Gesellschaft konnte insgesamt 150 Prozent Dividende ihren Aktionären zukommen lassen. Gar nicht zu reden von dem verfluchten Kapitalprofit, hervorgerufen durch eine beispiellose Verwässerung des Kapitals. Der Arbeiterschaft würden die Augen übergehen, wollte man einmal den Umfang der eingetretenen Kapitalverwässerung rechnerisch feststellen.

Was sollen die Staatsmänner der Entente sich für Begriffe machen, die solche Zustände beobachten müssen. Glauben die deutschen Kapitalisten, daß die Entente mit ihnen Mitleid haben sollte? Ja, die ungeheuren Forderungen der Entente werden erst durch die skandalösen Verhältnisse angeregt sein. Aber auch die Regierung ist als Mitschuldige festzunageln. Sie hat es nicht verstanden, die exzessiven Gewinne zu fassen und dem Staatsfiskus zuzuführen. Statt dessen pumpen die Regierungen der Nachkriegszeit immer neue Banknoten in den Verkehr. Durch diese nicht gebändigte Inflation wurde das Realeinkommen des arbeitenden Volkes immer miserabler und der Markkurs sank von Stufe zu Stufe. Nun, da die Entente zuzugreifen beabsichtigt, will man die Arbeiter mobilisieren, um die Geldschränke der besitzenden Klassen zu öffnen. Deshalb der Kampf um die Seele der industriellen Arbeiterschaft. Wenn wir auch oben feststellen konnten, daß diese „völkische“ Neuorientierung bei den bürgerlichen Schichten von Erfolg begleitet war, bei den Arbeitern wird sie erfolglos sein.

Daß die Forderungen unserer Kriegsgegner zur Katastrophe für Deutschland werden können, haben wir in Nr. 8 der Met.-Zg. des näheren dargelegt. Nun gibt es Arbeiter, die glauben das Problem gelöst zu haben, indem sie sagen: Die Kapitalisten und ihre Kampagne, die Militärs, haben den Krieg heraufbeschwoeren, sie sind also für dieses entsetzliche Elend verantwortlich, ergo müssen die Kriegskosten von den besitzenden Schichten aufgebracht werden. Damit ist leider die unerbittliche Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß nur Arbeitsprodukte als Wertäquivalent für die Entente in Frage kommen. Walter Rathenau schreibt hierüber im Berl. Tageblatt u. a. folgendes:

„Was wir an Kriegsschadigung leisten, muß erarbeitet werden. Es sei denn, daß wir unsere Arbeitsmittel, Grund und Boden hingeben. Dann bliebe uns zwar nichts; aber unsere Gläubiger hätten keine Werte. Werte werden diese Dinge nur durch Arbeit. Alles, was wir zahlen, sind in letzter Linie Güter. Güter sind Arbeit. Rechnungseinheit für die Grundprobleme der Weltwirtschaft wird künftig die Arbeitsstunde sein...“

Fünfzehn Millionen landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter sind uns geblieben. Mehr kann ein Land von sechzig Millionen nicht aufbringen, denn mit ihren Angehörigen machen sie fast fünf Sechstel der Bevölkerung aus. Das Jahr hat 800 Arbeitstage, der Arbeitstag hat nach internationaler Vereinbarung acht Arbeitsstunden. Das ergibt für jeden Mann 2400 Arbeitsstunden im Jahr und für 15 Millionen Arbeiter insgesamt 36 Milliarden Arbeitsstunden. Nach heutigem Stande der Technik kann man mit einer reinen Wertschöpfung von einer halben Goldmark in einer Arbeitsstunde rechnen. Das bedeutet eine gesamte Wertzeugung des Landes von 18 Milliarden...“

Von den 18 Milliarden Werten, die wir erzeugen, müssen wir 6 Milliarden hergeben zur Bezahlung der Einfuhr lebenswichtiger Nahrungsmittel und Rohstoffe, die die Grundlage unserer Produktion bilden. Es bleiben somit für unseren Verbrauch 12 Milliarden statt 24. Diese 12 Milliarden aber sollen sich durch Zahlung der Kriegsschadigung allmählich bis um 6 Milliarden verringern. Dann bleiben für unseren Eigenverbrauch 6 Milliarden gegenüber jetzt 12 und vormals 24. Aber auch das nur unter der Voraussetzung, daß es gelingt, den ungeheuren Betrag von 12 Milliarden zu exportieren. Die Forderung von 6 Milliarden jährlicher Kriegsschadigung — die 12prozentige Ausfuhrabgabe darf nicht vergessen werden — bedeutet also folgende Alternative:

Entweder: es wird von uns verlangt, daß wir unseren Verbrauch um die vierten Teil des Friedensbedarfes einschränken. Man betrachte den bescheidenen Vorkriegshaushalt einer Arbeiterfamilie — fünf Sechstel der Bevölkerung — und prüfe, ob eine Einschränkung auch nur um ein Drittel menschenswürdig und menschenmöglich ist.

Oder: wir werden gezwungen, unsere Arbeitszeit ohne Verbrauchserhöhung — also ohne Reallohnerhöhung — um mehrere Stunden täglich zu verlängern. Da für diese Verlängerung wesentlich nur die industrielle Arbeiterschaft in Betracht kommt — denn die Landwirtschaft kann nicht durch Mehrarbeit beliebig viel mehr erzeugen —, so würde der Ausgleich der Kriegsschadigung die Ausdehnung des Arbeitstages um 6 Stunden, nämlich von 8 auf 14 Stunden bedeuten.“

Walter Rathenau hat hier die Wirkungen der Entente-forderungen auf die Lage der Arbeiterschaft in düsteren Farben gezeichnet. Leider ist die Rechnung Rathenaus nicht zu bestreiten. Wenn dem aber so ist, dann muß von der gesamten organisierten Arbeiterschaft verlangt werden, daß alle deutschen arbeitsfähigen Personen zu dieser harten Zwangsarbeit herangezogen werden, daß ferner dem Luxus der Nichtsteuerenergisch zu Leibe gegangen wird, daß die Gewinne der Kapitalisten bis zur volkswirtschaftlich notwendigen Grenze zugunsten des Staates eingezogen werden und die Arbeiterklasse physisch in den Stand versetzt wird, eine über die gegenwärtige Arbeitsleistung hinausgehende Mehrarbeit zu leisten. Weil die besitzende Klasse alles auf die Arbeiterklasse abzuwälzen versucht, deshalb der jetzige Feldzug um die Seele des industriellen Proletariats. Klaren Blick bewahren und einzig zusammenzutreten, das muß die Parole der Arbeiterschaft in den nächsten Monaten sein.

Zur Neuwahl der Betriebsräte

Im Laufe des nächsten Monats erfolgen die Neuwahlen der Betriebsräte. Die vorjährigen, zugleich die ersten Betriebsratswahlen fanden unter den ungünstigsten Verhältnissen statt. Der Kapp-Züchtigungsschlag schlug seine Schatten, verirrte die Arbeitermassen und so wurde es verständlich, daß der Wahlen für die Betriebsräte nicht die nötige Aufmerksamkeit zuteil wurde. An verschiedenen Orten sind sie ganz unterblieben, durch einen Akt der Verhinderung wurden die bestehenden Betriebsvertretungen funktionslos und ihre Amtsperiode stillschweigend verlängert. So gelten die jetzigen Wahlen als die erste geschlossene Nachprüfung, die unter der Leitung der einigen, gewerkschaftlichen Zusammenfassungen erfolgen und darum unsere besondere Aufmerksamkeit erfordern.

Der geschäftsführende Ausschuss der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des A.D.G. und des Wfo-Bundes gab folgende Parole zur Wahl der Betriebsräte heraus:

- Für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemäß den Forderungen der Spitzenorganisationen und des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands;
- Für die Kontrolle der Produktion und die reiflose Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gemäß den Beschlüssen des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands;
- Für die Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechts in allen Fragen der Betriebsführung, wie sie durch Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistet, aber durch das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung nicht zugebilligt worden ist, und
- Für die Überführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft.

Neben den im Betriebsrätegesetz enthaltenen Rechten und Pflichten der Betriebsräte muß der Kampf für die in der Parole aufgeführten Forderungen mit aller Schärfe geführt werden. Dieser Kampf ist ein Machtkampf, der nicht nur von den Betriebsräten geführt werden kann, sondern die Belegschaften der Betriebe und Arbeitsstätten haben sich geschlossen hinter ihre Kandidaten und späteren Betriebsräte zu stellen, um in gemeinsamer Kampffront die Verwirklichung der großen Kampfesziele zu erreichen.

Die Wahlen finden nach dem Betriebsrätegesetz statt. Die Rechte, die dieses Gesetz der Arbeiterschaft gebracht hat, entsprechen keinesfalls unseren Forderungen. Vorläufig betrachten wir es als eine Plattform, auf die wir treten, um für weitere Rechte zu kämpfen. Dieser Kampf gilt der Befreiung der Arbeiterschaft und dem Sozialismus. Im Bewußtsein dessen ist die Betriebsratswahl eine Angelegenheit der Gesamtbelegschaft und nicht, wie man zu beobachten ist, die Angelegenheit einer kleinen Gruppe oder Partei, die die Gesamtbelegschaft nur als Stimmhebel für ihre Kandidaten haben möchte. So wird es Pflicht eines jeden Kollegen, sich schon bei Aufstellung der Kandidaten aktiv zu beteiligen.

Eine breite Kampfbasis ist für die Betriebsräte auf dem ersten Betriebsrätekongress geschaffen worden, die Zusammenfassung in den Gewerkschaften. Jeder Kompromiß mit nicht freigeberlich organisierten Betriebsräten wurde entschieden abgelehnt. Die Vorbereitung für eine einheitliche, aktionsfähige Kampfführung wurde geschaffen. Mit dieser Lösung wurde der unglückliche Streit um die Zusammenfassung der Betriebsräte, der besonders in unserer Organisation ausgefochten wurde, beendet. So sind bei der Betriebsratswahl nur solche Personen aufzustellen und zu wählen, die sich voll und ganz auf den gegebenen Boden der gewerkschaftlichen Zusammenfassung stellen.

Der Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sah in der Februaragung 1920 zur Wahl der Betriebsräte einen Beschluß, der für uns heute noch gilt und volle Beachtung verdient. Er lautet:

1. Die Durchführung der Wahl der Betriebsräte ist Aufgabe der Gewerkschaften und hat einheitlich und geschlossen gegenüber unseren gegnerischen Organisationen zu erfolgen.
2. Die Aufstellung der Kandidaten ist vorzunehmen auf der Grundlage und unter Anerkennung der Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages.
3. Von jedem Kandidaten ist zu verlangen, daß er sich verpflichtet, jederzeit sein Amt als Mitglied des Betriebsrates niederzulegen, wenn er von der Mehrheit seiner Mandatgeber oder von seiner Organisation dazu aufgefordert wird.

Diese Richtlinien sind bei der Aufstellung der Kandidaten von den Kollegen zu beachten. Das zur Sicherung und Festigung der Organisation Notwendige ist niedergelegt, werden diese Anweisungen von den Kollegen befolgt, so ist die Gewähr für die Schlagkraft und Aktionsfähigkeit der Organisation im vollen Maße vorhanden.

Bei der Entwicklung, die der Rätegedanke bei seiner Übertragung auf deutsche Verhältnisse genommen hat, sind die Nach der selbständigen Betriebsräteorganisation mit ihren egoistischen Plänen nicht auf ihre Rechnung gekommen. Das Geschrei für die selbständige Räteorganisation ist herauf, aber an anderer Stelle treiben dieselben Personen erneut ihr Unwesen, treiben erneut den Keil der Spaltung in die Reihen der Betriebsräte. Erneut entsteht die Gefahr der Zersplitterung der Betriebsrätebewegung mit allen den trüben Nebenwirkungen. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Aufruf der Reichsgewerkschaftszentrale der A.D.G. In diesem Aufruf werden die Kommunisten überall aufgeführt, eigene Listen bei der Betriebsratswahl aufzustellen. Nach den bisher beobachteten Spaltungstendenzen der kommunistischen Partei nimmt diese erneute Zerreißung der geschlossenen Front der Betriebsräte nicht mehr wunder. Wir betonen nur den an den Tag gelegten Opportunismus, erst zur Zerreißung der Front durch Aufstellen eigener Listen aufzufordern und dann den Aufruf mit den Worten zu schließen: „Auf, zur Vereinigung der Arbeiter in einer Front!“ Dieser geht es wahrlich nicht mehr. So manchem Kollegen werden diese armseligen Treibereien die Augen öffnen.

Ein Jahr Tätigkeit haben die Betriebsräte hinter sich. Ein Jahr des Lehrens und Lernens. Bittere Erfahrungen haben die Betriebsräte gesammelt, so manchen ungerechtfertigten Angriff haben sie über sich ergehen lassen müssen. Die Parteifreigeitigkeiten sowie der Streit um die Zusammenfassung der Betriebsräte haben den Betriebsräten noch das Leben besonders schwer gemacht. So ist zu beobachten, daß ein Teil der Kollegen zu einer Wiederwahl nicht zu bewegen ist. Diese Erscheinung ist tief bedauerlich. Für die Betriebsräte sind bedeutende Mittel für Bildung und Wissen aufgewendet worden. Stellen sich die Betriebsräte nicht wieder zur Wahl oder werden sie durch Parteitreiberen beseitigt, so geht das vorhandene Maß von Wissen der gesamten Bewegung unmittelbar verloren, ein Verlust, der nicht so

von vorn angefangen werden, losbare Zeit und Mittel gehen verloren und die Gesamtbewegung kommt nicht im geringsten vorwärts. Hier wird es die gemeinsame Pflicht der Belegschaft und des Betriebsrates sein, diese Erscheinungen zu bekämpfen und Paktetreibereien vorgezeichneten Art unmöglich zu machen. Bestehen Differenzen mit dem Betriebsrat, so sind sie sachlich auszutragen. Ist eine Einigung nicht möglich, so sind sie zum Entschluß zu bringen unter Berücksichtigung des Allgemeininteresses. Es ist selbstverständlich, daß Betriebsräte, die das Vertrauen der Belegschaft verloren haben, nicht wieder gewählt werden können. Manche Betriebsrat hat sich selbst in Gefahr begeben. Die Betriebsräte haben den Betrieb und die Verteilung von Lebensmitteln und sonstigen Waren übernommen, eine Unmenge Konfliktstoff ist dadurch angehäuft worden und hat viel Erbitterung unter die Belegschaft gebracht. Bei der Beurteilung dieser Differenzen müssen die Kollegen im Betrieb weitgehendste Gerechtigkeit walten lassen, für die Zukunft aber alle bezüglichen Geschäfte entscheiden unterliegen. Die Arbeiterchaft hat die Konsumvereine, die die Warenversorgung zu übernehmen haben, der Betriebsrat muß endlich mit dieser „Kriegserzuchtigung“ der Warenversorgung Schluss machen. Nur die persönliche Fähigkeit und Tüchtigkeit darf ausschlaggebend sein. In diesem Grundsatz muß festgehalten werden, alle Rücksichtnahme auf Parteien und Festlegung auf Agitationsparolen und Phrasen muß unterbleiben. Der Betriebsrat hat mehr und größere Aufgaben zu erfüllen, als dem Agitationsbedürfnis dieser oder jener Gruppe zu genügen. Große Hoffnungen hat die Arbeiterklasse auf die Betriebsräte gesetzt, wollen wir keine Enttäuschungen erleben, so dürfen die Betriebsräte in keine Parteifachpläne gedrängt werden. Sie müssen festgemurzt auf dem breiten Fundament der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft stehen. Wozu so verfahren, dann wird Betriebsrat und Belegschaft ein Ganzes, festes bilden und gemeinsam werden sie kämpfen und vorwärts kommen nach unseren großen Menschheitszielen unter dem Sturmbanner des Sozialismus. Nur dann wird die Arbeiterklasse Sieger sein.

Der neue Gesetzentwurf zur Schlichtungsordnung

Von Karl Vorhöfner, Stuttgart
(Fortsetzung statt Schluß)

Es wird überhaupt ein Gebot der Notwendigkeit sein, das Arbeitsverhältnis der Arbeitnehmer in den Schlichtungsinstanzen über das Arbeitsverhältnis der übrigen Arbeiter herauszuheben. Wie im § 98 des B.R.G. der Arbeitgeber zur Kündigung des Dienstverhältnisses eines Mitgliedes des Betriebsrates die Zustimmung des Betriebsrates braucht, so muß es auch bei dem Arbeitsverhältnis der Beisitzer zum Schlichtungsausschuß sein. Es darf unter keinen Umständen im Ermessen des Arbeitgebers liegen, einen bei ihm arbeitenden Beisitzer ohne weiteres zu kündigen. Man kommt nicht mit einem Vergleich mit dem Beisitzer zum Gewerkegericht. Die Tätigkeit dieser Beisitzer ist eine ganz andere und ihre Wirkung lange nicht von der erheblichen Bedeutung für die Allgemeinheit eines Berufs, wie die der Beisitzer eines Schlichtungsausschusses, der sich überhaupt nur mit Gesamtschlichtungen zu befassen haben soll.

Auf die Überfülltheit des § 23, Weirat, habe ich schon hingewiesen. Diese Überfülltheit wird erneut festgestellt durch den § 83, der die Aufsicht über die Geschäftsführung der obersten Landesverwaltungsbehörde zuweist.

Dann noch ein Wort zu den Vorsitzenden selbst. Bei den Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse sind dem gesunden Menschenverstand noch keine Schranken gesetzt. Dem Landesverwaltungsamt, bei den Revisionsinstanzen, bei der obersten Landesverwaltungsbehörde, beim Reichseinspruchsamt, bei den dortigen Revisionsinstanzen oder Revisionsinstanzen muß der Vorsitzende die Befähigung zum Richteramt haben. Beim Landesverwaltungsamt ist es noch nicht direkt ausgesprochen. Dort müssen nur auf Antrag einer Partei zwei weitere Beisitzer hinzugezogen werden, wenn der Vorsitzende der Revisionsinstanz die Befähigung zum Richteramt nicht hat. Aber einer von diesen beiden muß die Befähigung zum Richteramt besitzen und der eigentliche Vorsitzende hat dann mit einem Beisitzer zusammen nur eine Stimme. Da schlag doch Gott den Teufel tot. Ich sehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Befähigung zum Richteramt, zum höheren Justiz- oder Verwaltungsamt einen Menschen als Vorsitzenden in einer der Schlichtungsinstanzen unfähig macht, aber die Arbeiterchaft soll es grundsätzlich ablehnen, daß zurecht die Befähigung zum Richteramt gegeben sein muß. In den vier Jahren, seit wir Schlichtungsausschüsse in Deutschland haben, sind doch allerlei Erfahrungen gesammelt worden und es wird unübersehbar sein, daß diejenigen Schlichtungsausschüsse am besten mit gewirkt haben, wo Personen mit gesundem Menschenverstand und praktischer Erfahrung als Vorsitzende tätig waren, gleichgültig, ob sie die Befähigung zum Richteramt hatten oder nicht.

Ich würde es für einen unvorzeihlichen Fehler halten, wenn nur der verabschiedete Paragraphentwurf die Vorbildung wäre, um in praktischen wirtschaftlichen Fragen urteilen zu können. Das Gegenteil dessen, was der Gesetzgeber erwartete, dürfte dann in den weitesten Kreisen eintreten. Noch schlimmer aber ist es, was in § 47 festgelegt ist, daß der Direktor und die Generalsekretäre des Reichseinspruchsamts auf Lebenszeit ernannt werden. Ausgerechnet in „neues“ Deutschland. Es wird wohl niemand im Ernste glauben, daß eine Institution mit solchen Vorkämpfern und so weitläufigen Befugnissen, wie sie das Reichseinspruchsamt oder der Revisionsinstanz hat, auch nur irgendein Kredit bei der Arbeiterchaft haben würde, wenn die verantwortlichen Personen auf Lebenszeit angestellt werden. Man mag jemand überzeugt sein, daß jemand befähigt ist, dieses schwierige Gebiet vollkommen zu beherrschen, in kurzer Zeit kann sich schon herausstellen, daß man sich in den Fähigkeiten des Betreffenden getäuscht hat und dann fällt es

nicht möglich sein, den Mann anders als durch eine hohe Pensionierung letzten Endes zu befeitigen, wenn dies überhaupt möglich ist, wenn die Umstellung auf Lebenszeit erfolgt. Das geht nicht. Die Abberufung muß jederzeit möglich sein.

Dann aber die Revisionsinstanzen. Glaubt man wirklich schwerwiegende ernste wirtschaftliche Differenzen zu befeitigen oder einzudämmen, wenn man die Art ihrer Erledigung nach allen Regeln der Kunst erwirkt? Das ist ja geradezu unmöglich. Es ist ja schon zum Purzelbaum schlagen, was in den Bestimmungen über die allgemeinen Vorschriften in § 57 bestimmt ist. Dort ist festgelegt, daß vereinbarte Schlichtungsstellen (nach Tarifverträgen vereinbarte) den Schlichtungsstellen vorgehen. Es heißt nun weiter unter anderem in dieser Bestimmung: „Ist die vereinbarte Schlichtungsstelle tätig geworden, hat jedoch das Verfahren vor ihr weder zu einer Einigung noch zu einem Schiedspruch geführt, so sind die Schlichtungsstellen erst zuständig, nachdem der vereinbarte Schlichtungsstelle Gelegenheit gegeben war, nochmals die Schlichtung der Streitigkeiten zu unternehmen.“

Dieser Unverstand in praktischen Dingen schreit geradezu zum Himmel! Ein Kommentar dazu ist wirklich überflüssig. Es würde noch einen Sinn haben, wenn es heißen würde: „... so wird die Schlichtungsstelle zuständig, nachdem sie festgestellt hat, daß das Verfahren vor der Schlichtungsstelle zu keiner Einigung geführt hat.“ Das hätte wenigstens einen Sinn und würde dem logischen Gang des Verfahrens entsprechen. Aber erst dann zuständig werden, wenn eine Stelle, die sich nicht einig konnte, nochmals den vergeblichen Versuch des Schlichtungsmittels unternommen hat, das ist ja mehr wie juristisches Kladderwatsch und grenzt fast an das Unerlaubte dessen, was Menschen, die ernst genommen sein wollen, nicht machen dürfen.

Weiter, der unständliche Weg des Revisionsverfahrens an sich. Hier wird die organisierte Arbeiterchaft nicht mitspielen. Das Schlichtungsverfahren muß einfach sein. Es muß rasch zu einer Verständigung führen und es darf nicht durch Appellationsgerichtshöfe belastet werden, die ja für diese Gesetze und Verordnungen doch nur zeitraubend sind, wenn einmal die Bogen der Erregung im wirtschaftlichen Kampfe sich nicht mehr dämmen lassen. Meines Erachtens gibt es einen praktischen und zweckmäßigen Weg nur in folgender Weise:

Schlichtungsstellen, die nur für einen bestimmten Bezirk zuständig sind, Landesverwaltungsamt, Reichseinspruchsamt.

Diese Dreigliederung genügt und entspricht auch vollkommen dem Bedürfnis. Streitigkeiten, die nur auf Betriebe oder auf einen Ort beschränkt sind, fallen unter die Schlichtungsstellen des Orts oder Bezirks. Differenzen, die sich auf mehrere Bezirke, d. h. auf ein ganzes Land ausdehnen, unterliegen dem Landesverwaltungsamt, und Streitigkeiten allgemeiner Natur, die sich über ein paar Länder oder bei abgeschlossenen Reichsarbeitsstatuten über das ganze Reich erstrecken, dem Reichseinspruchsamt. Das schließt ein Handhabensarbeiten, eine Eingliederung der einzelnen Instanzen in das ganze System nicht aus, im Gegenteil. Aber jede Instanz ist für sich selbständig und entscheidet endgültig. Auch die zweckmäßig zu errichtenden Fachkammern bei den einzelnen Instanzen müssen für sich selbständig sein.

Die Revisionsinstanzen beim Landesverwaltungsamt oder beim Reichseinspruchsamt mögen gut gemeint sein, mögen auch scheinbar einem Bedürfnis entsprechen. Sie sind aber vollkommen überflüssig. Es gibt doch im ganzen Schlichtungswesen nur drei auseinanderzubaltende grundsätzliche Punkte: Der erste ist, die Parteien kommen zur gegenseitigen Verständigung. Der zweite, es wird ein Schiedspruch gefällt, dem sich die Parteien unterwerfen. Der dritte, es kommt ein Schiedspruch zustande, dem sich die eine oder die andere der beiden Parteien nicht unterwirft.

In den ersten zwei Fällen kommt es zu keiner Revision. Im dritten Falle wird die obgenannte Partei die Verbindlichkeitsklärung beantragen und der Antrag und das Verfahren auf Verbindlichkeitsklärung schließt in sich die Revisionsinstanz des Verfahrens. Deshalb denn also Revisionsinstanzen? Sie dienen also wirklich nur zur Verzögerung des Verfahrens und belasten den an sich umfangreichen Apparat des gesamten Schlichtungswesens in unnötiger Weise. (Schluß folgt)

Revolutionäre Taten

Von der Gründung einer neuen „Kampfororganisation“ ist auch Eigenart nicht verschont geblieben. Auch hier wurde von den „Revolutionären“ die Allgemeine Arbeiterunion ins Leben gerufen. Trotz Aufbietung aller Kräfte scheint man aber nicht beabsichtigt vorwärts zu kommen. Selbst die größten Paradeschiffe scheinen keine besondere Anziehungskraft mehr zu besitzen. So wachte vor kurzer Zeit Franz Piepmeyer vor nur ungefähr 80 Zuhörern sprechen, trotzdem die Rede ziemlich genaugen genaugen wurde. Bei einer Mitgliederzahl von 1000 und mehr, die man immer angibt, zu befragen, muß wohl der Versammlungsbefuch als sehr mäßig bezeichnet werden. Die Tüchtigkeit dieser revolutionären Deutschen? Ihre Taten sind alltägliche Erscheinungen und reichen sich denen ihrer Kampfgesellen in allen Ecken Deutschlands würdig an. Die Betriebsräte sind in ihren Augen konterrevolutionäre und werden von ihnen nach allen Regeln der Kunst bekämpft. Die Wirtschaftskrisis tritt auch im hiesigen Industriegebiet in Erscheinung. Die Arbeitslosigkeit wächst und die Arbeitslosen fordern Wiederbeschäftigung in den Betrieben. Den Betriebsräten wird die Aufgabe, zu sorgen, daß alle freien Stellen besetzt werden. Gleichzeitig haben sie darüber zu wachen, daß keine Entlassungen vorgenommen werden. Es wäre nun Pflicht eines jeden Arbeitenden gewesen, die Betriebsräte in dieser Hinsicht zu unterstützen. Insbesondere hätte man aber von den Leuten, denen es sonst immer nicht wenig genug zugeht, erwarten dürfen, daß sie die Forderung der Arbeitslosen ruhig unterstützen. Doch was kümmert sie das Gleich anderer, wenn sie nur selber genügend Arbeit haben.

In der hiesigen Fahrzeugfabrik, Abteilung Gießerer, wo sich die Zentrale dieser neuen Bewegung befindet, war es einem Pfälzweiler in Folge verschiedener Umstände nicht möglich, einige Male rechtzeitig an seinem Arbeitsplatz zu erscheinen. Die Betriebsleitung machte dem Betreffenden keinerlei Schwierigkeiten. Anders seine Mitarbeiter, die fast reiflos dieser neuen Bewegung angehören. Ohne den zu spät Kommenden über die Gründe und Ursachen seines Zuspätkommens zu hören, wurde ein Beschluß herbeigeführt, der die weitere Zusammenarbeit mit dem betreffenden Kollegen ablehnt. Der Betriebsrat sollte diesen Beschluß sanktionieren. Er lehnte dies aber ab, da der Kollege in keiner anderen Abteilung, die alle Arbeitsmängel hatten, untergebracht werden konnte. Hieraus ist deutlich zu erkennen, wie ernst es diesen Herrschaften mit der Durchführung der Arbeitslosenforderung ist, denn diese Maßnahme war weiter nichts als eine Protokollmachung in verdeckter Form. Gätten diesen Beschluß freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter gefaßt, dann hätte man Peter und Moritz geschrien. Berräter wäre wohl hierfür der gelindeste Ausdruck gewesen. So sehen die revolutionären Laten aus und an ihren Laten soll man sie erkennen. In welcher Geistesverfassung sich diese Kämpfer befinden, zeigt ein Bericht im „Unionist“ über die letzte Betriebsversammlung der Fahrzeugfabrik. Dort wird die Behauptung aufgestellt, daß der Betriebsrat infolge seiner Lebensmittelaufgabe nicht sei, daß ein großer Teil der Belegschaft bei der Firma verjagt ist. Nicht einmal das Abc der wirtschaftlichen Zusammenhänge scheint der Berichterstatter begreifen zu haben, oder aber man will seine Passivität hiermit zu entschuldigen suchen. Welchen Mut die Führer dieser Kampfororganisation besitzen, kam in der betreffenden Versammlung recht drastisch zum Ausdruck. Die im Tarifvertrag festgesetzten Löhne sind Mindestlöhne. Infolgedessen nahm eine Abteilung des Werkes Veranlassung, eine Kommission zu bestimmen, die mit der Direktion über höhere Entlohnung Verhandlungen zu führen hat. Zu dieser Kommission gehörte auch einer der führenden Köpfe der Allgemeinen Arbeiterunion. Nachdem die Verhandlungen resultatlos verlaufen waren, erklärte der Betreffende in der Versammlung: „Ich bedaure, daß ich mich habe hinreißen lassen, bei der Direktion mit vorstellig zu werden.“ Es ist eben viel leichter, den Mund recht weit aufzureißen und eine Faust in der Hosentasche zu machen, als die Interessen seiner Auftraggeber zu vertreten. Bei der Agitation behaupten die Vertrauensleute der A.M.U.: „Wir nehmen nur Idealisten auf“, weisen aber ständig auf ihre niedrigen Großgehälter hin. Hieraus ist es wohl überhaupt zurückzuführen, daß sie einige hundert Mitglieder haben. Wozu groß scheint die Zahl nach den Vermögensangaben allerdings nicht zu sein. Anlässlich einer Aussprache erklärte einer, der mit den Dingen vertraut sein muß, daß sie jetzt einen Kampffonds von 5000 M besitzen und könnten schon einmal ein Längchen wagen. Wir wollen ihnen die Stillungen nicht rauben. Wenn man bedenkt, daß in der A.M.U. 1 M Pflichtbeitrag erhoben wird und dazu schon mehrere Extramarke geleistet worden sind, dann müßte doch bei einer über 1000 zählenden Mitgliedschaft ein höherer Kampffonds vorhanden sein. Hier muß etwas nicht ganz stimmen. Doch uns soll das nicht weiter interessieren. Kollegen, gehen wir dazu über, unsere alte kampferprobte Organisation zu stärken und auszubauen, denn nur mit ihrer Hilfe werden wir in der Lage sein, den Kapitalismus zu befeitigen.

Der Kampf um Oberschlesien

Der Kampf um Oberschlesien geht seinem Höhepunkt entgegen. Bald wird die Entscheidung fallen, ob Oberschlesien deutsch bleibt oder polnisch wird. Die abstimmungsberechtigten Oberschlesier, die im Reiches jenseit sind, sind das Jünglein an der Wage, daher ist es ihre Pflicht, zur Abstimmung zu fahren und ihre Stimme für Deutschland abzugeben.

Warum für Deutschland? Ein an Deutschland gelagertes Oberschlesien bedeutet für die gesamte deutsche Arbeiterchaft im allgemeinen und für uns Metallarbeiter im besonderen Arbeit und Brot und die Möglichkeit, mit unseren ober-schlesischen Kollegen gemeinsam zu kämpfen, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu überwinden. Seien wir deutschen Metallarbeiter uns dessen bewußt, daß unser Eintreten für ein deutsches Oberschlesien unseren dortigen Kollegen die politischen Ertrungenschaften der Revolution erhält und uns und ihnen die Möglichkeit gibt, unsere Ideen zum Wohle der gesamten Arbeiterchaft zu verwirklichen. Denn je größer und stärker der Kreis der organisierten Arbeiterchaft ist, desto besser und intensiver können die sozialen Kämpfe aufgenommen und durchgeführt werden. Ein polnisches Oberschlesien bedeutet für die gesamte Arbeiterchaft Oberschlesiens Verlust aller bisher erkämpften Rechte, weitere Verflämung und Verelendung; für uns deutsche Metallarbeiter Verlust der Rohstoffquellen und Arbeitslosigkeit. Die ober-schlesische Industrie ist mit der deutschen, hauptsächlich aber mit der Berliner Industrie so eng verbunden, daß eines ohne das andere nicht existieren kann. Es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn man sagt, daß der Verlust Oberschlesiens 60 Prozent der Groß-Berliner Industrie lahmlegen würde.

Kollegen und Kolleginnen! Die Arbeiterchaft Bar-jahns, Lodz, Dembergs, Posen's usw. unterstützt ihre polnisch denkenden Kollegen Oberschlesiens in jeder Weise, sowohl moralisch als finanziell. Wollt ihr schlechter sein als sie? Wollt ihr euren Ruf, das intelligenteste und bestorganisierte Proletariat der Welt zu sein, schädigen und eure deutschen Arbeitsbrüder in Oberschlesien im Stiche lassen? Sie haben unter dem jetzigen Druck genug zu leiden, sie sind sogar gezwungen, in polnischen Organisationen organisiert zu sein, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, um Brot und Stellung gebracht zu werden. Sie geben ihre Hoffnung nicht auf, sondern sie erwarten und erhoffen von euch Unterstützung und Hilfe. Kollegen, sorgt dafür, daß jeder seine Pflicht erfüllt. Wenn ihr für Oberschlesien werbt, dann werbt ihr für euch, für eure Arbeits-möglichkeit, für euer Brot, deshalb sorgt dafür, daß keine Abstimmungs-berechtigten zu Hause bleiben. Unterstützt die Arbeiter in Oberschlesien mit allen euch zu Gebote stehenden Mitteln. Werbt für die deutsche Abstimmung. Richard Wajawajl.

Metallarbeiter als Erfinder

Von L. J. Wolff (Gießen).

(Fortsetzung)

Kunze folgte eine weitere Anzahl von Erfindungen, die alle dem erfindenden Zweck dienen, eine rollende Bewegung für den Antrieb von Maschinen zu liefern. Zunächst erhielt Watt die Rolle, die bis dahin den Antrieben mit dem Wasserrad verbunden hatte, durch einen neuen Mechanismus veränderter Stangen, des sogenannten Watt'schen Parallelgramms, durch welches die bogensförmige Bewegung des Wasserrades in Erregung mit der geradlinigen Bewegung des Rollens gebracht wurde. Um nun eine rollende Bewegung des Rollens, bezwies es um nach der Anwendung einer Stange. Die Anwendung dieses einfachen Mittels wurde Watt jedoch zunächst durch einen Bauherrn verweigert, der von Watt's Altsicht getrieben und sich bemühte die Anwendung der Rolle vollständig hätte petentieren zu lassen. Watt ließ sich jedoch nicht abweisen, indem er statt der Stange einen Stangenmechanismus zur Anwendung brachte, des sogenannten Planetengetriebe, durch welches sich die Bewegung des Rollens ebenfalls in eine rollende verwandeln ließ. Auf die Dauer bewies sich jedoch dieser Patent jenes Bauherrn erfinden war, doch wieder zur Stelle zurückzuführen. Um der jetzt gebräuchlichen Rolle aber den ausserordentlichsten und gleichmäßigen Gang zu sichern, erfindet Watt mehrere Erfindungen. Die erste derselben war das Schwungrad, das er auf der Rolle anbrachte, an welcher die Rolle angriff, wodurch die Ungleichförmigkeiten in den Umdrehungen des Planetengetriebe, einerseits, das quer zu dem Planeten getrieben ist und durch seine verstellbare Einstellung halbwegs, bald weniger Dampf passieren läßt. Hierdurch wird ein gleichmäßiger Lauf der Maschine auch bei wechselnder Belastung erzielt. Der Mechanismus der Dampfmaschine diente der Ventrifugalkugel, eine ganz genaue

tionieren der verschiedensten Kräfte und Wirkungen für einen mechanischen Zweck. Mit diesen drei Vorrichtungen zu versehen, hatte die Maschine einen ruhigen und gleichmäßigen Lauf erlangt, den sie für die ihr gestellte Aufgabe benötigte.

Mit dieser Konstruktion war die Erfindung der Dampfmaschine vollendet, war eine in hohem Maße leistungsfähige und betriebssichere Dampfmaschine geschaffen, die sich nicht nur für den Betrieb von Wasserhebewerken eignete, sondern sich den Arbeitsbedingungen auch aller anderen Industriezweige anpaßte, für alle der unermüdbare, nie lassende Arbeiter von menschlicher Kraft wurde, durch welchen James Watt weniger Jahrzehnte herleitete sich die Zeitliche Dampfmaschine nicht nur in England, sondern in den Industriezweigen auch aller anderen Länder aus, überall ihre bestmögliche Wirkung entfaltend, überall aber auch den Antrieben ihres Erfinders verändernd. Watt erlebte den Erfolg seiner Erfindungen durch die gesamte damalige Kulturwelt noch lange Jahre hindurch, und nachdem er sich im Jahre 1800, in welchem sein Patent abgelassen war, von dem geschäftlichen Leben zurückgezogen hatte, waren ihm noch nahezu 20 Jahre wissenschaftlicher Ruhe beschieden, die er mannigfachen technischen und wissenschaftlichen Beschäftigungen widmete. Am 25. August 1819 fand er zu Genuß im 85. Lebensjahre. Das englische Volk ehrte den großen Lohn, indem es ihm in der Westminster-Abtei, der Ruhmeshalle der englischen Nation, ein Denkmal setzen ließ. Der Mann, der aus den untersten Schichten des Volkes hervorgegangen war, der als armer Mechanikerpfeife angefangen hatte, ward in die Gesellschaft der Großen, die kein Volk hervorgebracht hatte, versetzt. Unter den weiteren Männern, die zur Entwicklung der Dampfmaschine beitrugen, finden wir noch einen sehr lebhaften Erfinder, der seiner Heimat nach Arbeiter war, nämlich den Amerikaner Oliver Evans, der in der Geschichte der Dampfmaschinenbauwesens nur wenig hinter James Watt zurücksteht. Oliver Evans wurde im Jahre 1765 in einem Orte bei Philadelphia als Kind hiesiger Leute geboren, die nicht in der Lage waren, ihm seine eine bessere Schul-

bildung angehehen zu lassen. Wie der junge Watt, so war auch Oliver Evans auf Selbststudium angewiesen, um seinen Wissensdurst zu befriedigen und seinen sehr bedeutenden geistigen Fähigkeiten den nötigen Boden für eine erfolgreiche Betätigung zu schaffen. Als über seinen künftigen Beruf zu entscheiden war, gaben ihm seine Eltern einem Stellmacher in die Lehre, und als Stellmacher finden wir den jungen Evans nach seiner Lehre auch in Philadelphia beschäftigt. Sein Beruf brachte ihn in engere Berührung mit zahlreichen technischen Vorrichtungen und regte das in ihm schlummernde Erfindertalent mächtig an. Schon 1779, also in seinem 24. Lebensjahre, finden wir den jungen Evans als Erfinder einer Maschine zur Herstellung von Drogbränden, die in der Textilindustrie zum Aufrauchen der Stoffe gebraucht werden. Dann finden wir ihn als Erfinder zahlreicher und wertvoller Verbesserungen auf dem Gebiete der Mühlenarbeit, wie er überhaupt für das Mühlenfach eine besondere Vorliebe sein ganzes Leben hindurch behielt und diesem einen großen Teil seiner technischen Lebensarbeit widmete. Durch die vielfachen maschinellen Neuerungen und Verbesserungen, die er hier erfand und zur Anwendung brachte, wurde das amerikanische Mühlenwesen, das bis dahin auf ziemlich niedriger technischer Stufe stand, geradezu revolutioniert; die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Getreidemühlen stieg sowohl nach Menge wie Güte des Mehls ganz bedeutend, was zur Folge hatte, daß sich allmählich nahezu alle Mühlen des Landes zur Aufnahme jener Neuerungen entschließen mußten und die amerikanischen Mühle selbst geradezu musterhaft für das Mühlenwesen auch der meisten anderen Länder wurde. Solles doch allein in den Mühlen der Stadt Baltimore durch jene Verbesserungen die Produktionskosten jährlich um 5000 Dollar verringert, die Erinnahmen aber durch Steigerung der Produktion um 30000 Dollars vermehrt worden sein. Freilich darf er nicht die Erfindung bei den Mühlen seines Heimatlandes nicht, verweigerten sie ihm doch sogar die Gebühren für die Benutzung seiner Erfindungen, die ihnen alljährlich viele Tausende von Dollars Refer-einnahmen einbrachten, und Evans mußte erst in einem langwierigen Prozeß die Mühlen zwingen, ihm den gerechten Lohn zu zahlen.

Neue indirekte Steuern?

Von Dr. R. Puchner, Direktor des Staatlichen Amtes Berlin-Schöneberg.

Am 14. Januar hat die Reichsregierung in Verhandlungen mit den Beamten die Mitteilung gemacht, die Finanzvertreter der Entente hätten den maßgebenden deutschen Stellen erklärt, daß die neuen Mehrausgaben für die Beamten- und Staatsarbeiterbezüge durch neue indirekte Steuern gedeckt werden müssen.

Daß die Finanzvertreter der Entente eine Erhöhung der deutschen Steuern wünschen, ist begreiflich, denn unsere Steuern decken nur einen kleinen Bruchteil des öffentlichen Bedarfs und unsere Schulden wachsen wöchentlich um eine Milliarde. Wenn sie aber neue indirekte Steuern fordern, trotzdem die indirekten Steuern heute schon — im Gegensatz zur Vorkriegszeit — mehr einbringen als die direkten Steuern, so erklärt sich dies vor allem dadurch, daß die Reichsregierung unter dem beherrschenden Einfluß der plutokratischen Strömungen innerhalb der Regierungsparteien unsere Besitzsteuern immer wieder als unerträglich hoch darzustellen sucht. Als ein Beispiel für viele sei eine Antwort der Reichsregierung auf den Finanzfragebogen der Entente wiedergegeben:

„Privatmann, Vermögen am 30. Juni 1919 100 Millionen Mark. Davon Kriegsvermögenszuwachs 25 Millionen Mark. Der Steuerpflichtige stirbt im Jahre 1920 und hinterläßt sein Vermögen seinen beiden Neffen zu gleichen Teilen. Der eine der Neffen hat noch kein Vermögen, der andere ein Vermögen von 1 Million Mark. Die Besteuerung gestaltet sich nun folgendermaßen: Vermögen am 30. Juni 1919 100 000 000 M., davon ab: Kriegsvermögenszuwachssteuer 24 828 000 M., Reichsnotopfer 47 779 550 M., Nachlasssteuer 1 332 622 M., Erbschaftsteuer, zu zahlen von dem Neffen, der bisher kein Vermögen hatte, 5 032 245 M., Erbschaftsteuer, zu zahlen von dem Neffen, der bereits 1 Million Mark Vermögen besitzt, 7 548 367 M., bleiben als Rest von dem Vermögen von 100 Millionen Mark 13 479 216 M.“

„Zunächst ist schon die Rechnung an sich falsch. Denn selbstverständlich hat der Neffe, der vor dem Erbfall 1 Million besitzt, nicht 2 1/2 Millionen mehr an Erbschaftsteuer zu zahlen als der vermögenslose Neffe. Der „richtige“ Beamte, der eine so gewaltige Schröpfung der Erben durch den Fiskus herausgerechnet hat, hat eben den einschlägigen Paragraphen nicht zu Ende gelesen. Sonst hätte er gefunden, daß ein Erbe, der schon 1 Million besitzt, höchstens 360 000 M. mehr zu zahlen hat als ein vermögensloser Erbe. Die Erbschaftsteuer des vermögenden Neffen beträgt also nicht 7 548 367 M., sondern 5 392 240 M. (die des vermögenslosen Neffen 5 032 240 M.), und es verbleiben als Rest nicht 13 479 216 M., sondern 15 635 348 M. Aber viel wichtiger ist, daß in der amtlichen Berechnung des Reichsnotopfers vollkommen übersehen ist, daß bei der Veranlagung das Grundvermögen nur mit 80 Prozent seines Wertes angelegt wird, daß bei Vorauszahlungen ein Rabatt gewährt und daß selbstgeschuldeten Kriegsanleihe zum Nennwert angenommen wird. Ich habe schon gleich nach Erlass des Reichsnotopfergesetzes darauf hingewiesen, daß in Wirklichkeit kein einziger Abgabepflichtiger dem Fiskus mehr als 50 Prozent seines Vermögens zu opfern haben werde, und halte es für eine Zahlenpielerei, wenn man, wie in dem angezogenen amtlichen Beispiel, mit einer Abgabe von 63 1/2 Prozent rechnet.“

„Zunehmend wird man der Regierung den guten Glauben bei ihrer Darlegung nicht abprechen können. Etwas anders liegt die Sache bei einem die gleiche Tendenz verfolgenden Artikel des Reichsfinanzministers A. D. Götthein in der „National-Zeitung“ vom 5. und 7. Januar. Da heißt es: „Welleicht am meisten zwingt die Erbschaftsteuer den Unternehmer, sie im Preis der Ware abzuwälzen. Steigt diese Steuer doch zugleich der Nachlasssteuer selbst beim Gatten- und Kindeserbe bis auf 75 Prozent.“ Götthein muß wissen, daß die Erbschaftsteuer zugleich der Nachlasssteuer beim Gatten- und Kindeserben und nimmer auf 75 Prozent steigen kann. Er weiß aber auch aus eigener Erfahrung, daß der Nachweis falscher Angaben sein Ansehen in den ihm nachfolgenden Preisen nicht zu erschüttern vermag. Tatsächlich kann die Erbschaftsteuer zugleich der Nachlasssteuer beim Gatten- und Kindeserbe gegenwärtig 58,2 Prozent nie übersteigen. Und dieser Satz fände auch nur dann Anwendung, wenn zum Beispiel ein Sohn mit einem Neffenvermögen ein Neffenvermögen erbt. Erbt hingegen ein armer Schluher mit nur 10 Millionen Mark Vermögen von seinem Vater nur schätzbare 100 Millionen Mark, so hat er an Nachlasssteuer 4 963 000 M. und an Erbschaftsteuer 30 404 000 M., also insgesamt 35 367 000 M. oder 35,4 Prozent zu zahlen und er muß versuchen, sich wohl oder übel mit einem Vermögen von 74 633 000 M. durchzusetzen. Götthein allerdings, der keinen Kautschummillionär dachsen sehen kann, tröstet ihn gleich damit, er könne und müsse die Erbschaftsteuer im Preis der Ware abwälzen.“

„Zusammenfassend sagt Götthein: „Wenn heute mit Recht bitter über die ungeheuren Preisaufläufe auf die Selbstkosten, wenn über die raffende Genußsucht der Unternehmer, die die Ware dem Verbraucher so ungeheuer verteuert, geklagt wird, so hat dies ihre Ursache in der exorbitanten Fortführung von Einnahmen und Vermögen.“ Die direkten Steuern werden von allen am Produktions- und Verteilungsprozess Beteiligten völlig oder größtenteils abgewälzt. Sie belasten letzten Endes den Konsumenten der Ware.“ In Wirklichkeit liegt die Sache umgekehrt: Die indirekten Steuern wirken fast stets preissteigernd; die direkten Steuern aber wirken eher preisbremsend, weil sie die Kaufkraft der Besitzenden einschränken. Wer daher einen Preisabbau für notwendig hält — und ein Preisabbau ist nach dem Urteil des Präsidenten der Berliner Handelskammer die Vorbedingung für „eine durchgreifende Produktionssteigerung“ — muß die leider ja unvermeidliche Steuererhöhung in einem Ausbau unserer noch recht erträglichen direkten Steuern suchen und hat die Pflicht, dem Ausland wie dem Inland gegenüber zu betonen, daß unsere indirekten Steuern schon heute die Kinderbemittelten fürchterlich belasten.“

Seine größte Bedeutung aber entfaltete Evans auf dem Gebiete des Dampfmaschinenbaus, und zwar als Erfinder der Hochdruckdampfmaschine. Die Dampfmaschine, so wie sie Watt herausgebildet hatte, war eine Niederdruckmaschine, d. h. der Dampf hatte im Zylinder dieser Maschine nur etwa 1 oder höchstens 1 1/2 Atmosphären Spannung. Das war noch ein Erbteil der früheren atmosphärischen Maschine von Newcomen, bei der der Luftdruck die eigentliche Triebkraft gewesen war und daher der Dampf nur eine dem Luftdruck entsprechende Spannung, also 1 Atmosphäre benötigte. Watt behielt die Dampfspannung bei, was aber die Anwendung des Kondensators nötig machte. In dem Kondensator nämlich herrscht eine viel geringere Spannung als in dem Zylinder, und nur infolge dieses Unterschiedes ist es dem Dampf möglich, aus dem Zylinder heraus und in den Kondensator einzutreten. Wäre letzterer nicht vorhanden, so würde der äußere Luftdruck dem Dampf den Austritt aus dem Zylinder unmöglich machen. Der Kondensator ist aber eine Befestigung der ganzen Maschine, die mancherlei Nachteile mit sich bringt. Die der Kondensation dienenden Vorrichtungen, wie der Kondensator selbst, die Luft- und Kaltwasserpumpen usw., nehmen viel Platz weg und verteuern auch die Herstellung der Maschine erheblich. Sehr oft macht auch die Befestigung der zur Kondensation nötigen Mengen kalten Wassers Schwierigkeiten, und schließlich ist die Leistungsfähigkeit einer solchen Dampfmaschine immer nur eine verhältnismäßig niedrige. Diese Nachteile erkannte Oliver Evans sehr bald, als er sich mit dem Studium der Dampfmaschine zu befassen begann, und ebenso fand er auch sehr bald das Mittel, um den Kondensator überflüssig zu machen und dadurch die Dampfmaschine von allen Nachteilen zu befreien, die dieser mit sich brachte. Dieses Mittel hieß: Dampf höherer Spannung. Solcher mußte in einem Zylinder, den äußeren Luftdruck zu überwinden und infolgedessen den Zylinder auch ohne das Hilfsmittel eines künstlich luftverdünnten Raumes, wie es der Kondensator darstellt, zu verdrängen. Zugleich mußte sich durch die Verwendung höherer Spannung auch die Leistungsfähigkeit der Dampfmaschine wesentlich steigern lassen. (Fortsetzung folgt.)

Aus dem Bereiche der Betriebsräte

Ein salomonisches Urteil des Schlichtungsausschusses Iserlohn (Westf.).

Seit April voriger Jahres wurde in der Metallindustrie vollständig tariflos gearbeitet, weil die Unternehmer den Vertretern der Arbeitnehmerverbände ein Angebot machten, welches von der gesamten Arbeiterschaft der Metallindustrie mit Entzückung abgelehnt wurde. Es wurde der Beschluß gefaßt, lieber tariflos zu arbeiten, als ein solch unwürdiges Tarifverhältnis abzuschließen. Doch war das Verlangen der Metallarbeiter im Oktober dahingehend, nun wieder zu festen Tarifverhältnissen zu gelangen.

Nach einer eingereichten Vorschlagsliste und einer wunderbaren Verschleppungstatistik des Unternehmerrates sollte am 25. November 1920 von den vertragschließenden Organisationen den Betriebsräten Bericht gegeben werden über die ablehnende Haltung des Iserlohrer Fabrikantenvereins. Um nun ein Bild von der gesamten Situation, geschaffen durch den hartnäckigen ablehnenden Standpunkt der Unternehmer, zu erhalten, war es notwendig, eine Gesamtbetriebsratsitzung einzuberufen. Diese betreffende Sitzung fand nun außerhalb der Arbeitszeit statt, um möglichst alle Betriebsräte erfassen zu können. Jedoch der Notwendigkeit und der Wichtigkeit halber erschienen auch Betriebsräte derjenigen Firmen, deren Schicht gerade in die Zeit der betreffenden Betriebsratsitzung fiel. Da nun einzelne Firmantenhaber sich weigerten, den entgangenen Stundenlohn, entfallen durch diese Sitzung, zu zahlen, klagten die Betriebsräte der Firma Mentath & Grüber in Iserlohn gemäß § 35 des Betriebsrätegesetzes auf Zahlung des entgangenen Stundenlohnes.

Charakteristisch an dieser Angelegenheit ist, daß in der Vorberhandlung des Schlichtungsausschusses ohne Ladung der beiden Parteien über solche eine wichtige Klagefrage eine Abstimmung vorgenommen wurde, welche das Ergebnis zeitigte, daß die Notwendigkeit der Sitzung laut § 35 des B.R.G. nicht anerkannt und somit auch die Klage an sich ohne Ladung der Parteien abgewiesen wurde. Erst auf energisches Eingreifen der Organisationen und durch eine scharf gehaltene Resolution der Betriebsräte an den Schlichtungsausschuss Iserlohn wurde eine Verhandlung und ein Termin angelegt, unter Ladung der beiden Parteien. Wie nun das Urteil lauten würde nach der im voraus getroffenen Abstimmung, war vorauszusetzen. Erschien doch von seiten der beklagten Firma als Rechtsbeistand zu diesem Termin der Geschäftsführer des Fabrikantenvereins Iserlohn und der Syndikus des Arbeitgebervereins vom Regierungsbezirk Arnsberg, welche zu Eingang der Verhandlung erklärten, daß dieser Fall für sie eine prinzipielle Entscheidung sei, daher das große Aufgebot von Rechtsbeiständen des Unternehmerrates.

Nach einer mehrstündigen Verhandlung, in welcher von Unternehmerrate aus sämtliche Klagen springen gelassen wurden, und trotzdem von seiten des Arbeitnehmervertreters klar erwiesen wurde, daß diese Sitzung im Sinne des § 35 des Betriebsrätegesetzes als notwendig anzusehen ist und somit eine Minderung der Entlohnung nicht zur Folge haben darf, wurde folgender Spruch vom hiesigen Schlichtungsausschuss gefaßt:

„Die Spruchkammer steht auf dem Standpunkt, daß die Klage unbegründet ist. Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann die entstandene Verfaumnis der Arbeitszeit nicht als notwendig im Sinne des § 35 des Betriebsrätegesetzes angesehen werden. Eine Betriebsratsitzung während der Arbeitszeit ist nur dann als notwendig zu betrachten, wenn die Interessen des eigenen Betriebes eine solche erfordern. Da es sich im vorliegenden Falle jedoch um eine Besprechung über allgemeine Fragen handelt, kann die Firma nicht zur Zahlung des Lohnausfalles verpflichtet werden.“

Ein Tendenzurteil im wahren Sinne des Wortes. Etwas anderes konnte man von dem hiesigen Schlichtungsausschuss nicht erwarten. Weiß man doch, daß in Iserlohn der Hauptteil des reaktionären Unternehmerrates vom Regierungsbezirk Arnsberg ist und diese Herren von dem bisherigen Herrn im Hause Standpunkt nicht ablassen können, die Betriebsräte, weil sie nun einmal hier in Iserlohn ihre Pflicht tun, als einen Dorn im Auge ansehen und ihre Rechte durch das Betriebsrätegesetz als allzu sehr beschnitten betrachten. Leider ist festzustellen, daß der „unparteiische“ Vorsitzende des Schlichtungsausschusses schon ganz im Fahrwasser der Unternehmer schwimmt. Gab doch der „unparteiische“ Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, als am Schluß der Verhandlung der Arbeitnehmervertreter die Anfrage an den Schlichtungsausschuss richtete, ob diese stattgefundene Sitzung im Sinne des § 35 des Betriebsrätegesetzes für die betreffenden Betriebsräte als notwendig anzusehen sei, um wenigstens für die Zukunft eine Klärung geschaffen zu haben, nach einer erneuten Beratung wiederum eine verneinende Antwort. Ein eigenartiger Standpunkt des Schlichtungsausschusses, dokumentiert er doch damit, daß die Tätigkeit des Schlichtungsausschusses keine Notwendigkeit ist und er als Vorsitzender Sitzungsarbeit leistet.

Wir ersehen an diesem salomonischen Urteil, daß es dringend notwendig ist, den Ausbau des § 35 des Betriebsrätegesetzes sobald als möglich vorzunehmen und die Organisation als solche einen gewissen Druck auszuüben hat zwecks Wahrung des Betriebsratsgesetzes, damit eine Instanz geschaffen wird, welche den verschiedenen Ansichten und Urteilen der bisherigen Schlichtungsausschüsse einen Damm entgegensetzt zur Erweiterung der Rechte der Betriebsräte. An den Betriebsräten liegt es, vorwärts zu drängen und über die Paragraphen des Gesetzes hinaus sich Rechte zu sichern.

Produktionskontrolle?

Mit diesem Wort wird in letzter Zeit grober Unfug getrieben. Mit diesem Wort wird ähnlich verfahren wie mit der Parole: „Wählt politische Arbeiterräte!“ Wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“

Wilh. Weiting zum 50. Todestage

Schon ein Jahrzehnt vor Marx und Engels wirkte der Schneidergeselle Wilhelm Weiting für den Sozialismus und rief die Proletarier aller Länder zur Tat auf. Er wurde am 5. Oktober 1868 als unehelicher Sohn einer armen Proletarierin in Magdeburg geboren. Sein Vater war der französische Offizier Cerison. Wilh. Weiting wirkte außerdem in Österreich, in Frankreich, in der Schweiz und in Amerika. Seine jedem Arbeiter zu empfehlenden Hauptschriften sind: „Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte“, „Das Evangelium eines armen Sünders“ und „Garantien der Harmonie und Freiheit“. Er starb am 25. Januar 1917 in Mexiko.

Verzage nicht!

Des trüben, grau bedeckten Tages Licht ist nun verschwunden, dunkel wird die Zelle. So schwindet Tag auf Tag, wie Well' auf Welle im Meer der Zeit, und endlos beandend bricht hier ein Geschlecht dem anderen die Bahn. Schon treibt der Wogenschlag uns stark voran; das letzte Ufer deutlich vor uns liegt; von hier aus sieht sich's minder fürchtbar an. Ein Lustzug, und die Brandung ist getan. Drum Herz, mein Klopferd Herz, verzage nicht!

Ein Traum, ein Wahn ist dieses kurze Sein, ein Wogenpiel oft was wir denken, schaffen; ein Wellenschäum, den wir zusammenraffen, hält unsres Lebens ganzes Wirken ein. Jetzt stürzen wir noch stolz und lähn daher, im Augenblick darauf sind wir nicht mehr. Horch! Heulend dort sich Wog' auf Woge bricht, wo meines Glaubens dunkler Leuchtturm steht, und meiner Hoffnung letztes Banner weht. Hier Mut gefaßt, mein Herz, verzage nicht!

Produktionskontrolle soll doch wohl heißen, daß wir nicht nur die Produktion innerhalb eines Betriebes erfassen, sondern einer ganzen Industrie und darüber hinaus das ganze deutsche Wirtschaftsleben. Das bedeutet die Errichtung eines großen statistischen Amtes, wo Hunderte von Beamten tagaus, tagan die Berichte registrieren und zusammenfassen. Der besten Begriff von einer solchen Sache bekommt man, wenn man ein statistisches Jahrbuch zur Hand nimmt. Die Ein- und Ausfuhr der Rohprodukte, die Ein- und Ausfuhr der Fertigprodukte, der Wert aller Dinge, der Verbrauch des Inlandes usw. Über Industrie, Handel und Landwirtschaft muß diese Kontrolle ausgeübt werden.

Wer bewältigt diese Riesearbeit? Wo fangen wir an? Man darf stets von unten nach oben. Erst muß jeder Betriebsrat in seinem Betriebe durchzuführen, dann erst kann die Erfassung sich über Bezirk und Reich ausdehnen. Ich richte an alle Betriebsräte die Frage: Was ist in den einzelnen Betrieben geschehen, um dem Ziel der Produktionskontrolle näher zu kommen? Wer ehrlich sein will, muß sagen, sehr wenig. Aber auch unsere Zentralstellen dürfen sich die Frage vorlegen: Haben wir alles getan, um den Betriebsräten die notwendigen Fingerzeige zu geben? Es muß den Betriebsräten deutlich gesagt werden, was man von ihnen verlangt.

Zum Beispiel Stahlwert (Martinsdorf). Mit wieviel Ofen wird gearbeitet? Wie hoch ist die Monatsproduktion? Wieviel Arbeiter sind im Stahlwert beschäftigt? So oder so. Wieviel Ofen sind vorhanden? Wieviel sind im Betrieb? Wie hoch ist die Produktion? Wie hoch kann die Produktion gesteigert werden? In dieser oder in noch prägnanter Form müssen die Betriebsräte angehalten werden, die Produktion zu überwachen.

Die Betriebsräte müssen außerdem das Resultat ihrer Arbeit zusammenstellen, damit sie jederzeit in der Lage sind, Anfragen seitens der Organisation zu beantworten. Aus dieser praktischen Arbeit der Betriebsräte wird der Reifegrad und die Fähigkeit zu größeren Aufgaben ersichtlich sein. Dann erst wird die Aufstellung der Metallindustrie in 7 Haupt- und 22 Untergruppen ihren Zweck erfüllen. Der Zweck dieser Untergruppen ist die Produktionskontrolle. Ich muß aber erst den Betrieb haben, dann folgen Industriezweig, Industrie und Volkswirtschaft.

Wir müssen den Anfang machen. Wir müssen aus der Theorie heraus. Wir sind mit Theorie so überfrachtet, daß uns die Kraft zur Praxis fehlt. Vielleicht trägt diese kleine Abhandlung dazu bei, daß wir der Lösung des Problems, der Produktionskontrolle, näher kommen. Z. Brüntink (Selsenkirchen).

Arbeitslosenversicherung in Großbritannien

Die staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit umfaßt bisher auf Grund der Gesetze von 1911 und 1916 nur eine Minderzahl aller gewerblichen Arbeiter, und zwar Mitte Juli 1920 4 179 018 Personen. Gemäß dem neuen Gesetz über die Arbeitslosenversicherung vom 9. August 1920, das am 8. November in Kraft trat, sind nun alle gewerblichen Lohnarbeiter und alle Angestellten mit höchstens 250 Pfund Sterling Jahresverdienst versicherungspflichtig. Eine eben erlassene Durchführungsverordnung nimmt jene Personen von der Versicherungspflicht aus, die eine Rente oder ein sonstiges von Arbeitsleistung unabhängiges Einkommen im Betrage von mindestens 26 Pfund Sterling beziehen; ferner Personen, die nur nebenbei ein Arbeitseinkommen beziehen, in der Hauptsache aber anderes Einkommen haben oder von anderen Personen erhalten werden. Jede versicherte Person erhält ein Arbeitslosenbuch, in welches für jede Beschäftigungswoche ein Beitragssumme zu fließen ist. Die Beitragssumme beträgt für mindestens 18jährige männliche Personen acht Pence (Vorkriegskurs 67 Pf., am 10. Dezember 1920 etwa 8 Mk.), für jüngere männliche Personen 4 Pence, für weibliche Personen im Alter von 18 Jahren oder darüber 6 1/2 Pence, für jüngere Mädchen 3 1/2 Pence. Von dem Beitrag männlicher Personen zahlen Unternehmer und Arbeiter je die Hälfte; von den Beiträgen weiblicher Personen trifft auf die Versicherten nicht ganz die Hälfte, auf die Unternehmer entsprechend mehr. Um zu verhindern, daß Personen beschäftigt werden, die zur Arbeitslosenversicherung nicht angemeldet sind, werden Aufsichtspersonen ernannt, die die Arbeitsstätten jederzeit betreten können und dort die nötigen Feststellungen zu machen haben.

Aus Staatsmitteln erhalten erwachsene männliche Personen einen Zuschuß von 2 Pence und erwachsene weibliche Personen einen Zuschuß von 2 1/2 Pence zu jedem Wochenbeitrag. Zu den Beiträgen weniger als 18jähriger Versicherter werden Staatszuschüsse in einem der Beitragshöhe entsprechenden Ausmaße gewährt.

Das Ausmaß der Arbeitslosenunterstützung beträgt für mindestens 18jährige männliche Personen wöchentlich 16 Schilling (nach dem Kurs vom 10. Dezember circa 180 Mk.), für mindestens 18jährige weibliche Personen 12 Schilling, jüngere Versicherte erhalten die Hälfte. Die Unterstützungsdauer darf über 15 Wochen im Jahre nicht hinausgehen. Die Versicherten haben den Behörden ihre Unterstützungsberechtigung nachzuweisen. Wenn zwischen zwei Arbeitslosenperioden ein Versicherter an nicht mehr als zwei Tagen Arbeit hatte, so werden diese Tage der Zeit der Arbeitslosigkeit zugerechnet. Die Unterstützungsberechtigung wird nicht beeinträchtigt bei Verweigerung von Streitarbeit oder von Arbeit für geringeren als den orts- und berufssüblichen Lohn, ebenso nicht durch Verweigerung der Arbeitsannahme auswärts, wenn damit eine geringere als die ortsübliche Entlohnung verbunden wäre. Die Unterstützung bezugenden Arbeitslosen sind zu täglicher Anmeldung beim Arbeitsnachweis verpflichtet.

Zur Schlichtung von Streitigkeiten, die sich aus dem Versicherungsverhältnis ergeben, sind Schiedsgerichte berufen, deren Mitglieder der Minister der Arbeit aus Vorschlagslisten der Arbeiter und Unternehmer auswählt. Solche Schiedsgerichte bestanden bereits auf Grund des Gesetzes von 1911 und sie fassen vorläufig in unnderter Zusammensetzung ihre Tätigkeit weiter aus.

Wildschämend brausen nach vollbrachtem Lauf, mit sichtbarlichem bangen Widerstreben, die vielen jungen hoffnungsvollen Leben zum letzten hellen Ufer brandend auf. Doch Zeit und Leben schickten nach wie vor den Wogenshall der Brandung uns ins Ohr. Die Welle, die der Sturm am Ufer bricht, schwillt schäumend eine andre Welle an, und jede endet brandend ihre Bahn. Drum tröste dich, mein Herz, verzage nicht!

Verzage nicht! Müßt du dem Ufer nah'n, und was du haßt mit in die Brandung führen: Mehr als das Leben kannst du nicht verlieren, und alles Leben ist ein kurzer Wahn. Da wogt ja auf mit schäumbekehrter Flut, gefärbt in deines Gelbes Morgenglut, gemildert durch der Wahrheit reines Licht, im tiefbewegten Hafen läufst du ein, kann deine Brandung wohl noch schöner sein? Drum aufgezocht, mein Herz, verzage nicht!

Verzage nicht! Liegt auch das Jenseits noch geheimnisvoll und dunkel dir verhallt, wenn nur dein Schicksal dich mit Trost erfüllt; was brauchst du mehr mein Herz, dies bleibst du doch. Das Leben ist ein Traum in ew'ger Nacht, ein Schattenpiel, im ew'gen Licht gemacht. Aus Nacht hervor der junge Morgen bricht, aus Dunkelheit das helle Morgenrot. Gewöhne dich an Kerfennacht und Tod, dann Herz, mein Herz, verzage nicht du bruchend nicht. 20. Dezember 1920 Wilhelm Weiting.

Arbeiterchaft und Werkfchulen

Eine der erftenklichsten Begleiterscheinungen der politifchen und wirtschaftlichen Umformungen der letzten Jahre ist die wachsende Teilnahme der Arbeiterfchaft an Erziehungsfragen. Leider haben sich die hochgepannten Erwartungen auf grundlegende Anderungen der bestehenden Verhältnisse auf dem Gebiete des Schulwesens nur zum allergeringsten Teil erfüllt. Es gibt deshalb heute, ohne Selbstverftandlich die großen Erziehungsziele aus den Augen zu verlieren, das Bedinglichkeit unserer sozialistischen Erziehungsbestimmungen im Rahmen der bestehenden Verhältnisse und gefestigten Bestimmungen zu verwirklichen. Da berubt es nun eigentlich, daß gerade der Schule, die rund 90 Prozent unserer erwerbstatigen Jugend erfafst, die ganz Proletariatsfchule ist, verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Nur selten spricht man in Kreifen der Arbeiterfchaft, der Gewerkschaften und von Reformierung der gewerblichen Fortbildungfchulen, der Handwerker-, Industrie- und Gewerkschulen. Und doch ist hier die Möglichkeit gegeben, wenigstens einige grundlegende Forderungen unserer Erziehungsprogramme in die Tat umzusetzen. Zwei dieser Forderungen sollen es sein: die Arbeiterfchaft für ihre ureigenste Schule farter zu interessieren. Haben doch andere Interessententriebe, die Unternehmer, die Wichtigkeit dieser Frage erkannt und suchen sie auf ihre Weise zu lösen. Während der größte Teil der gewerblichen Fortbildungfchulen von den Gemeinden eingerichtet, unterhalten und verpachtet wird, war schon vor dem Kriege ein kleinerer Teil unter dem Namen „Werkfchulen“ in unferierten Werken angegliedert. Der Lehrling sowie der an- und ungelernete Arbeiter empfangt seine praktische und theoretische Ausbildung im Werk, zum Teil in besonderen Lehrwerkstatzen. In der letzten Zeit mehren sich die Werke, die derartige Werkfchulen einrichten, und die zuständige Aufsichtsbehörde, das Handelsministerium, unterstützt diese Bestrebungen. Das Unternehmertum, das härte wohl klar sein, muß sich von diesen Einrichtungen, die zum Teil bedeutende Summen kosten, Vorteile irgend welcher Art versprechen und es gilt also, die Dinge einmal mit kritischen Augen zu betrachten. Ohne weiteres ist zuzugehen, daß der Gedanke einer Verbindung von Werkstätte und Schule sich stark der sozialistischen Forderung nähert, Erziehung und Produktion miteinander zu verbinden. Karl Marx sagt im „Kapital“:

„Aus dem Fabrikfystem entspringt der Keim der Erziehung der Zukunft, welche für alle Kinder über einem gewissen Alter produktive Arbeit mit Unterricht und Gymnastik verbinden wird, nicht mehr als eine Methode zur Steigerung der Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion vollständig entwickelter Menschen.“

Und alle Schulpolitiker der sozialistischen Parteien sind sich einig in der Forderung nach Erziehung: „In der Arbeitfchaft, durch die Arbeit, für die Arbeit.“ Alle Erkenntnis, alle Bildung soll aus und in gemeinsamer Arbeit entstehen, und zwar aus gesellschaftlich notwendiger, produktiver Arbeit. Darin unterscheidet sich die sozialistische Erziehung der Zukunft von den Schulen der bürgerlichen Reformator, daß sie die Arbeit als Unterrichtsprinzip für jeden Unterricht will, während jene die Arbeit nur als Unterrichtsfach erfassen. Am treffendsten fat dies wohl Dr. Kerkow-Sowenkein zusammen, dessen Erziehungsgebanten besamtlich der bürgerlichen Gesellschaft so auf die Herzen gegangen sind, daß der Oberpräsident der Wahl-Kommune zum Stadtschulrat von Groß-Berlin die Bestätigung verfaßt hat. Sowenkein sagt: „Die Arbeit ist zu gleicher Zeit Bildung; arbeiten und sich bilden ist eins geworden.“ Von dieser Seite gesehen erscheinen also die Werkfchulen als eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Verwirklichung des sozialistischen Erziehungsziels. Und in der sozialistischen Gesellschaft wurdien sie die Grundlagen der Erziehungsrichtungen, von Schulen im alten Sinne kann man dort nicht reden, werden können. In der sozialistischen Gesellschaft — um diesen Punkt drehen sich auch die Bedenken gegen die Einrichtung von Werkfchulen. Noch haben wir die bürgerliche Gesellschaft und noch scheint die kapitalistische Wirtschaftsform fester zu stehen als je. Wir wissen, daß auch die Erziehung jeder Zeit der Ausdruck der herrschenden Produktionsform ist, und so drückt auch die kapitalistische Wirtschaftsform der heutigen Schule ihren Stempel auf. Sie erzieht keine allseitig ausgebildeten Menschen, sondern schafft dem Kapital willige und geschickte Anbauungsobjekte. Der Einzelunternehmer sucht nun noch durch Einrichtung von Werkfchulen dieses Ziel zu fokieren. Es liegt hier auf der Hand, daß eine von einseitigen Interessen eingerichtete Schule Gefahren für die ihr anvertraute Jugend birgt, und deshalb darf die Arbeiterfchaft nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und Sicherungen, die später noch besprochen werden sollen, der Einrichtung von Werkfchulen zustimmen. Sehen wir ab von einer Reihe sozialistischer Gründe, die gegen Werkfchulen sprechen, so sind doch zwei Befurdigungen unter allen Umständen berechtigt:

1. die zu stark betonte und einseitige technische Ausbildung,
2. die einseitige Beeinflussung in staatsbürgerlicher und politischer Hinsicht.

Das Werk wird natürlich den Hauptort darauf legen, möglichst geschickte Arbeiter sich heranzubilden und aus diesen Gründen der fachlichen Ausbildung alles andere unterzuordnen. Es betrachtet diese Ausbildung als Selbstzweck, nicht als Mittel zum Zweck einer all-

seitigen Ausbildung zum Menschen. Berachtlicht man nun, daß die Spezialisierung in der Industrie immer weitere Fortschritte macht, so ergibt sich weiter ein einseitiger Drill für die Spezialzwecke des betreffenden Wertes. Abgesehen von den Schäden, die die Ausbildung des Jugendlichen und dadurch die Allgemeinheit erleidet, wird sein Fortkommen erschwert. Er bleibt an das Werk gefesselt oder es ist ihm nur unter Opfern möglich, anderweitig lohnende Arbeit zu finden. Sein Gesichtsfeld wird verengt, er wird zur Maschine, die ohne eigenes Denken ihre Tätigkeit im Produktionsprozeß auslast. Nicht in Anbetracht gebracht ist bisher noch die große Gefahr, die der ganzen Ausbildung bei guter Konjunktur droht. Dann kurften ohne weiteres die Profitinteressen des Unternehmers gegenüber den Interessen des Jugendlichen und der Gesellschaft in den Vordergrund geschoben und die Erziehung vernachlässigt werden.

Noch größer ist die Gefahr der einseitigen Beeinflussung in Hinsicht auf Weltanschauung, politische Fragen, soziale Gedankenführung usw. hervorgerufen durch die Auswahl der Lehrkräfte. Der Unternehmer wird nur solche Lehrer den Unterricht erteilen lassen, die ihm politisch einwandfrei oder noch besser politisch ohne eigene Meinung erscheinen. Able Gefinnungsgefahrdung auf der einen Seite, Machgrat- und Charakterlosigkeit auf der anderen sind die natürlichen Folgen. Weiter wird der Jugendliche durch die Erziehung in Gedankenkreise gebrangt, die den Interessen seiner Klasse schroff gegenüberliegen. Wenn man auch als Marxist der Überzeugung ist, daß schließlich doch die wirtschaftliche Lage den heranwachsenden Arbeiter in die Reihen der Klassenbewuten Genossen zurufkuhren wird, so können ihm doch manche Kämpfe, manche Irritumer erspart werden. Diese Gedankenengange brauchen nur angebreitet zu werden, um ihre Wichtigkeit zu erweisen.

Welche Mittel sind nun vorhanden, diesen Gefahren in den bereits bestehenden oder noch zu gründenden Werkfchulen zu begegnen? Auf der Hand liegt es, daß das Aufsichtsrecht des Staates, welches in der Genehmigung der Lehrpläne, gelegentlich der Revision der Schulen besteht, nicht genügt. Denn der Lehrplan wird erst durch den Lehrenden in die Tat umgesetzt, und wie die Tat ausführt, dürfte aus den kurzen Sätzen über die Lehrerauswahl klar sein. Auch die Revisionen, vielleicht einmal im Jahre, dürften selbst dann nicht viel ändern, wenn der Revisor sozialistische Gedanken zugänglich wäre. Und es müßten also andere Sicherungen geschaffen werden gegen den Mißbrauch der Schulgewalt durch die Werke. Und da erscheint am zweckmäßigsten die Angliederung der Werkfchulen an die städtischen gewerblichen Fortbildungfchulen. Hier stehen sie unter der steten Aufsicht der städtischen Schulinstanzen, die ihrerseits wieder durch die Schulordnungen und letzten Endes durch die Stadtverordnetenversammlung beeinflusst werden können. Hier ist den Arbeitervertretern die Möglichkeit gegeben, ein gewichtiges Wörtchen mitzureden, sei es bei der Anstellung von Leitern und Lehrern, sei es bei der Bewilligung von Mitteln für Schulzwecke. Selbstverständlich können auch Sonderwünsche der Werke berachtigt werden, sofern nicht die Erziehung und Ausbildung der Jugendlichen eine Einbuße erleidet, aber der Einfluß der Werke auf die Schule muß auf das geringste Maß beschränkt werden. Die Vorteile, die denselben entstehen durch die Werkfchulen, indem den Jugendlichen lange Wege erspart bleiben, sie regelmäßig am Unterricht teilnehmen, Spezialwunsche im Lehrplan berachtigt werden usw., sind so groß, daß sie dafür Räume, Sammlungen usw. zur Verfügung stellen können. Ebenfalls kommt doch eine gute Ausbildung der Arbeiter direkt auch dem Werke zu gute. Sind die genannten Sicherungen in der Hauptsache für neu einzurichtende Werkfchulen gedacht, so müßten in den schon bestehenden die Betriebsräte Einfluss auf dieselben zu gewinnen versuchen. Es dürfte wohl in den seltensten Fällen gelingen, die Schulen noch nachträglich an die städtischen Schulen anzugliedern. Und die Betriebsräte hatzen im geschulterten Sinne die Kontrolle auch der Schulen zu übernehmen.

- Faßt man zusammen, so ergehen sich folgende Befurdigungen:
1. Die Werkfchulen sind eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Verwirklichung der sozialistischen Erziehungsziele, da sie Produktion und Erziehung miteinander verbinden.
 2. Sie sind eine Gefahr, solange sie unter dem Einflusse der Unternehmer stehen, da sie die technische Ausbildung zu stark betonen bzw. einseitig gestalten und weil sie einseitig politisch beeinflussen.
 3. Die Aufsicht durch staatlliche Instanzen genügt nicht, da die Revisionen nicht häufig genug erfolgen und dieselben selten im sozialistischen Sinne ausgeführt werden.
 4. Die Werkfchulen sind deshalb an die städtischen gewerblichen Fortbildungfchulen anzugliedern und unter den Einflusse der Kommune zu bringen.
 5. Eine wichtige Aufgabe erwächst den Betriebsräten in der Überwachung der Werkfchulen ihrer Werke.

Die vorstehenden Ausführungen sind selbstverständlich nicht erschöpfend, können es nicht sein; tragen sie zu einer Klärung der wichtigen Angelegenheit der Werkfchulen bei oder führen sie Arbeiter zur Beschäftigung mit den Gesamtfragen des gewerblichen Schulwesens, so ist ihr Zweck erreicht.

Der Landwirt und die anderen

Folgendes launige Schreiben ging uns zu mit der Bitte um Beroffentlichung. Die harten Worte des Kollegen Gottschall sind berechtigt. Am Anfang steht Gott Himmel und Erde und eine Viertelstunde später die Landwirtschaft mit dem Landwirt. Das Geschick war aber kein Ausnahmefall, wie man es eigentlich von einem allmächtigen Gotte erwarten mugte. Namentlich der Landwirt war sehr unbehilflich ausgefallen. Er wugte sich auch gar nicht zu helfen, wie er doch eigentlich gut gerade Land bebauen sollte, um seine Nahrungs- und Futterstoffe zu erzeugen. Mit den primitiven Mitteln, Holz, Spaten und Steinen, grab er musam die harte Erde um, Holz und gut, er war musam und beladen. Aber die Zeit mußte erfindert. Und so kamen intelligente Landwirte (denen früher gab es keine anderen Menschen) auf allerhand gute Gedanken, wie man mit besseren Hilfsmitteln seine Nahrungs- und Futterstoffe erzeugen kann. Als ihre Handhabe, Spaten und Beladen diese neuen Wunderdinge sahen, boten sie nun Aufopferung von solchen Werkzeugen und gaben dafür willig und gern von ihren Nahrungsmitteln ab. So entstanden die Handwerker. Mittels der guten Werkzeuge erzielten ja nun auch die anderen Landwirte mehr, als sie selbst erzeugen konnten, und andererseits konnten sie weniger Zeit und konnten sich auf dem Ackerfeld länger ausruhen. Dieses Gute erkannten sie auch an und ihre intelligenten Brüder wurden geacht im ganzen Lande. Aber auch noch andere führe Sachen, wie Pflanz, Egge, Dreschmaschine, erfinden die Intelligenzen unter ihnen. Waren die intelligenten Handwerker nicht geacht, führen die anderen Herren noch heute in ihren Feldern und Wäldern ihre Huder und führe Vaer, keine Dreschmaschine in Berlin und anderswo rascher machen, keine Autos fahren, auch die Dämme keine gabelnden Dinge und führe Huder tragen. Ja, ich weiß zu nicht alles, was sie nicht können, denn ich bin ein Arbeiter.

Aber wie so oft im Leben. Man hat in der Welt Lohn.“ Dem wie befindet sich der heutige Landwirt gegen früheren Brüder und Beschafter? Ja, er hat sich in der Welt Lohn.“ Dem wie befindet sich der heutige Landwirt gegen früheren Brüder und Beschafter? Ja, er hat sich in der Welt Lohn.“ Dem wie befindet sich der heutige Landwirt gegen früheren Brüder und Beschafter? Ja, er hat sich in der Welt Lohn.“

beiter mehr Lohn fordern. Unsere gesamte Industrie leidet darunter, wir sind nicht mehr exportfahig, weil ihr Landwirte von heute immer höhere Preise verlangt.

Gute Traube sind voller Pflanzensamen, denn ihr wollt auch noch den Staat mit der Steuern pressen. Ihr raucht diese Zigaretten, trinkt Wein und Cognac, et weißes Brot, Butter und Schinken wie im Frieden. Ihr et gab es in der Erziehung keinen Krieg. Ihr weit Bescheid, ich kenne auch genau, ich bin vom Lande. Ihr gibt mir unwillig das Nötige ab. Ihr gibt auch unwillig euren eigenen Verwandten von einem uberflusse ab. Ihr habt den Schleichhändler nicht vom Hof gewiesen, weil er oft genug die arme Frau, die nicht die verlangten Butterpreise zahlen konnte. Keine Einzelfalle, wie ihr behauptet, nein, ihr alle seid ihr ja. Ein jeder von uns Armen kann ein Bedenken sagen.

Ihr und immer wird es in unserem Lande besser, et nicht eine parte Regierang euch zwangt, daß ihr wieder in euren Ackerfeldern einen Brüder und einen früheren Kameraden und Wohlwater erlernet. Aber alle früheren Regierungen, und wir am 11. November 1918, haben euch zu unwillig behandelt. Die Regierungen hatten Angst, daß ihr die Hafte unseres Landes nicht bebauen würdet. Das ist der größte Fehler und Irrtum aller Regierungen gewesen. Denn in Wirklichkeit seid ihr Landwirte nicht so faul und ungeschicklich, wie ihr meint. Auch seid ihr nicht so unartig, wie ihr la. Ihr können auch ein fruhiges Wort eines Bedenken hat euch früher in den Handfangen triefen lassen. Ein paar Regierungen wurdien euch heute das „Recht anerkennen“ schon erlassen. Und wenn ihr glaubt, daß es ohne euch keinen gibt, der euren Land bebauen kann, dann lat ihr euch. Seht euch die Schleichhändler, die Landbesitzer der Großstadt an. Die Bedenken, welches ehewalige Bedenken, haben von einem Viertelmeile mehr Ertrag, wie ihr den einen halben Morgen. Kommt und aber Landbesitzer habigen Landwirte haben die Großstadt abzugeben. Es gibt nur ein Mittel: Gewisser mit den Lebensmitteln und famlichen Bedenken, wenn nicht gutwillig, dann mit Gewalt, denn mit guten Worten und Beseuerungen ist nichts zu machen.

Wir sind Kollegen vom Metallarbeiter-Verband müßte ich raten, man lat sich nicht mit dem Streit untereinander. Den Stamm der Großstadt, Kommunisten oder gar Anarchisten. Ihr sollt euch die Rupfe ein und Landwirte und Handwerker ziehen euch in aller Ruhe das Fell über die Ohren. Schmeit nicht bald hier, bald da die Waden hin, um ein paar Groschen mehr zu erlangen. Das hat keinen Wert und fruhet euch zusammen, verlangt aber alle wie ein Mann die Gewerkschaft der Handwerker. Für diese Farste finden wir die Zustimmung aller möglich denkenden Menschen. Mit diesem Geben wir für uns besser Lebensbedingungen und früherer Kampf für den Sozialismus.

G. Gottschall (Berlin).

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

In der letzten Woche des Monats Januar sind durch den Metallarbeiter-Verband in 659 Orten 25.470 Betriebe der Eisen- und Metallindustrie mit 1.891.610 Arbeitern beobachtet worden. Wie sich die Arbeitslage in diesen Betrieben gestaltet, ist folgender Aufstellung zu entnehmen, die befu Vergleichung auch die Zahlen aus der Vorwoche enthält.

	Vorige Woche		Vorwoche	
	Betriebe absolut	Arbeiter absolut	Betriebe absolut	Arbeiter absolut
Vollbeschaftigt	23.815	1.755.272	23.495	1.729.077
Stillgelegt	807	5.886	278	5.938
Kurzarbeit	1.348	1.804	1.509	1.930

Im Vergleich mit der Vorwoche ergibt sich eine geringe Steigerung der Vollbeschäftigten und eine Abnahme der Kurzarbeiter. Die wesentlichen Veränderungen innerhalb der Bezirke im Verlauf der Woche sind aus folgenden Zahlen beim Vergleich mit den in der Vorwoche verpffentlichten ersichtlich.

Bezirk	Betriebe	Arbeiter	Vollbeschaftigt		Stillgelegt		Kurzarbeit	
			Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Königsberg	26	280	16046	241	15216	—	19	829
Stettin	53	669	98388	638	96423	12	804	24 1156
Breslau	48	1028	137780	999	131601	5	349	24 2798
Brandenburg	44	6 0	44262	589	40584	7	185	44 8593
Dresden	49	1946	179484	1155	157791	13	497	230 21 198
Erfurt	49	887	50058	810	52564	10	246	87 6189
Hannover	42	589	60579	584	57092	5	104	20 8388
Jalle	41	882	90138	807	86211	—	—	25 8927
Hamburg	54	1801	148704	4783	148023	3	110	15 571
Vielefeld	12	270	82841	284	82556	—	—	6 285
Essen	15	868	803865	858	803646	2	98	8 1628
Hagen	22	882	154005	5249	132439	16	536	847 20556
Sold	12	584	117294	522	110614	1	60	61 8580
Frankfurt/M.	62	1310	178498	1195	170269	83	538	82 7691
Stuttgart	64	2192	212820	1915	181558	9	812	268 30450
Nürnberg	64	3006	121873	8206	100281	191	1592	108 19810
Zuf.	654	25470	1891610	23815	1755272	807	5886	1349 130458
Vorwoche	655	25277	1868096	23495	1729077	278	5938	1509 133088

Eine Zunahme der Kurzarbeiter trat ein in den Bezirken Erfurt und Hamburg; eine Vermehrung der stillgelegten Betriebe ist für die Bezirke Stettin und Nürnberg zu verzeichnen; eine Abnahme der Kurzarbeiter ist in den Bezirken Brandenburg, Dresden, Halle, Hagen, Vielefeld und Nürnberg eingetreten. Die Veränderungen sind in allen Bezirken unerheblich mit Ausnahme der Bezirke Hagen, Roln, Frankfurt und Stuttgart. Für den Bezirk Hagen ist ein wesentlicher Rückgang der Kurzarbeiter zu verzeichnen; in den Bezirken Roln, Frankfurt und Stuttgart brachte der Eintritt bedeutender Verwaltungen zur Berichterstattung beachtenswerte Veränderungen. Zum erstenmal berichteten Elm, Bollingen und Wangen-Obachach über die Ursachen der Geschaftsdpression verbreiteten sich nur 68 Verwaltungen und mangelhaft. In den meisten Fällen wird als Ursache der Stilllegung der Betriebe oder der Kurzarbeit Auftragsmangel angegeben; in einem Teil der Berichte wird wieder auf den bestehenden Mangel an Material hingewiesen.

Das Ergebnis der Berichtswoche über die Dauer der Kurzarbeit ist in folgenden Zahlen enthalten. Es arbeiteten:

Stunden	in der Berichtswoche		in der Vorwoche	
	Betriebe absolut	Arbeiter absolut	Betriebe absolut	Arbeiter absolut
42 bis 45	155	18.718	148	12.764
36 - 41	499	54.923	608	52.923
32 - 35	278	25.523	325	29.616
24 - 31	363	26.940	372	35.060
unter 24	53	2846	61	2783

Die Zahl der in der Berichtswoche beobachteten Verbandsmitgliedern betrug 1.629.968. Davon waren 43.478 arbeitslos, 83.781 Kurzarbeiter. Auf je 100 Mitglieder entfielen 2,85 Arbeitslose und 5,48 Kurzarbeiter gegen 2,65 und 5,90 in der Vorwoche. Die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder trat ein in den Bezirken Dresden, Essen, Roln, Stuttgart und Nürnberg sowie in Berlin, daß für die Erhöhung auslaggebend ist. Die Zahl der Arbeitslosen stieg in Berlin von 14.200 auf 17.100; gleichzeitig trat ein Rückgang in der Mitgliederzahl ein, der die Verhältniszahlen beeinflusste. Von den erfassten Mitgliedern erhielten 23.940 Reichsarbeitslosenunterstutzung. Die Summe der vom Verband an die bezugsberechtigten Mitglieder bezahlten Arbeitslosenunterstützung belief sich auf 366.857 RM. (Vorwoche 307.832 RM.).

Pensionsversicherung in Privatbetrieben

In der deutschen Republik ist schon vieles geschaffen worden, aber etwas wirklich Aufbringendes für die deutsche Arbeiterfchaft noch nicht. Ich habe immer darauf gewartet, wann einmal die Pensionsversicherung für famliche Arbeiter und Angestellten im Reichstage zur Sprache kommen würde, habe aber bis heute noch nichts davon bemerkt. Wenn man als Arbeiter in die Zukunft des Alters schaut, so muß es eben mit Grauen erfillen, einmal alt zu werden. Ist ein Arbeiter alt und grau geworden, so sieht ihn der Unternehmer lieber heute wie morgen gehen. Ganz anders ist es bei den Staatsarbeitern. Wenn die alt geworden sind, treten sie in den Genuss der Pension. Meine Ansicht ist die, was den Staatsarbeitern recht ist, kann uns Arbeitern der Privatbetriebe nur billig sein. Es würde ein großer Teil der Arbeiter gegen den Unternehmer befristet werden. Genau wie die Kranken- und Invalidenversicherung zum Gesetz erhoben worden ist, kann es mit der Pensionsversicherung für Arbeiter der Privatbetriebe auch gemacht werden. Es können die Leistungen derselben zum Teil benutzt oder ausgebaut werden. Die Beiträge werden von der Arbeiterfchaft der Privatindustrie genau so gerne geleistet wie in den Staatsbetrieben. Ich kann es nicht verstehen, daß unsere Vertreter eine so wichtige Sache nicht schon offensichtlich zur Sprache gebracht haben. Unsere Organisationen müßten den Antrag bei der Regierung einbringen, und wenn es sein muß, der Regierung einmal eine kräftige Anregung geben, einen Gesetzesentwurf in dieser Beziehung einzubringen. Es gibt Hunderte von Betrieben, die einen Arbeiterfonds haben, von dem die Arbeiter aber größtenteils wenig wissen. Diese Fonds müßten beschlagnahmt werden und ein schöner Grundstock würde hiermit schon geschaffen. Es müßte natürlich so ausgebaut werden, daß es auch etwas Soziales und Aufbringendes für die Arbeiterfchaft darstellt. Der Dank der gesamten deutschen Arbeiterfchaft würde der Regierung sicher.

A. Könner.

Anmerkung der Schriftleitung: Die Anregung des Kollegen Könner ist an sich ganz gut. Wir wuten bei dieser Gelegenheit einmal auf die Abschlüsse der Alltagsgesellschaften im letzten halben Jahre hinweisen. Der Dividendenfuss und sonstige Gewinnmöglichkeiten waren so reichlich, daß fast jede Gesellschaft, um die Profitfucht mit einem kleinen sozialen Pfasterchen zu überleben, einen namhaften Betrag für Arbeiterwohlfchaft auswarf. Die obige Anregung, diese Fonds zu beschlagnahmen, ist an sich zu begründen. Vielleicht könnten die zahlreichen Millionenfonds zu einem System vereint werden, indem die Unternehmer grundfastlich verpflichtet werden, alljährlich beim Abschluß eine gewisse Summe in die allgemeine Pensionskasse zu zahlen. Jedenfalls kann die Sache im Auge behalten werden.

Die erste Tagung des Reichsbeirats der Betriebsräte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Am 9. und 10. Februar wurde in Stuttgart die erste Konferenz des Reichsbeirats der Betriebsräte mit dem Vorstand und Vertretern der Bezirke abgehalten, um die Grundlagen eines einheitlichen Wirkens der Betriebsräte im gesamten Reich zu schaffen.

Tagesordnung:

1. Wirtschaftskrise, Arbeitslosenfrage, Produktionskontrolle und Betriebsräte.
2. Bericht von der Sitzung der Reichsbetriebsrätezentrale des D.M.A. und des Afa-Bundes.
3. Die Tätigkeit der Betriebsräte in der Metallindustrie und unserer Organisation.
4. Anträge.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung nimmt das Wort der Kollege Dillmann: Mit den heute zur Beratung stehenden Fragen haben sich sowohl der 1. Reichsbetriebsrätekonferenz wie die beiden letzten Tagungen des erweiterten Beirats eingehend beschäftigt. Ich verweise auf die von mir auf diesen Tagungen zum gleichen Gegenstand gehaltenen Referate und knüpfe heute daran. Die Beschlüsse des Reichsbetriebsrätekongresses sind grundlegend auch für die heutige Tagung. Sie deden sich im wesentlichen mit den vom erweiterten Beirat unseres Verbandes festgelegten Richtlinien für die Betriebsräte. Ich weise ferner hin auf die in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse des erweiterten Beirats, betreffend die Aufgaben der Gewerkschaften. Neben mir sind nun dem Kern unserer heutigen Aussprache zu die Betriebsräte haben zwei Aufgaben zu erfüllen. Erstens das Betriebsrätegesetz in seiner Ausgestaltung im Interesse der Arbeiter zur Anwendung zu bringen, zweitens die weit höhere Aufgabe, die einzelnen Paragraphen des Betriebsrätegesetzes hinanzugehen, die Mitbestimmung bei der Produktion zu erreichen und so die Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus zu ermöglichen. Die unklaren Bestimmungen des B.R.G. lassen die verschiedensten Auslegungen zu. Jede Partei wird bestrebt sein, ihre Ansicht als die einzig richtige zu bezeichnen und auch praktisch zur Anwendung zu bringen. Die Unternehmer halten sich an den starren Wortlaut des Gesetzes und wollen unter keinen Umständen darüber hinausgehen. Bei einer loyalen Auslegung des § 66 Abs. 1, 2 und 3 des B.R.G. hätte eine wirkliche Mitwirkung der Betriebsräte gegeben sein, dergleichen bei § 74. Wir sehen aber, daß selbst bei so schweren Einschränkungen des Betriebes, wie Einschränkung und Stilllegung, die Unternehmer jedwede tatsächliche Mitwirkung ablehnen, da das Gesetz ihnen ja nur vorschreibt, sich mit dem Betriebsrat „ins Benehmen“ zu setzen. Dieses Wort ist ein so verschwommener Begriff, daß logische Folgerungen unmöglich werden. Die Vorlage des Betriebsrätegesetzes ist ein Kompromißprodukt, das für die Arbeiter so gut wie nichts bringt. Die Verhandlungen mit dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller haben auch hier gezeigt, daß die Unternehmer in allen Fragen geschlossen vorgehen, die Arbeiter dagegen nicht einig sind. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir nun in erster, später Arbeit Verbesserungen erkämpfen können. Nicht in auffälliger Linie befinden wir uns heute, sondern es muß alles daran gesetzt werden, das Erzeugnis festzuhalten. Bei vielen eingeleiteten Kämpfen zeigte sich, daß man den Unternehmern geradezu in die Hände arbeitet. Systematisch wird überall nach Beendigung der Bewegung „geäubert“, versucht, die Betriebsräte und Funktionäre von der Wiedereinstellung auszuschließen. Redner bespricht aus der Fülle der Praxis einige der marantesten Fälle und beleuchtet die Folgenwirkungen, die sich bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise für die Arbeiter ergeben, wenn sich letztere für wilde Streiks, Putzsch und andere „Aktionen“ gebrauchen lassen, die von bestimmten Seite immer wieder angezettelt werden, und zwar lediglich für deren engere Parteinteressen. Welche Folgen ein solches Vorgehen zurzeit für die Arbeiter hat, zeigt die Drahtzieher nicht. Diesem schroben Spiel darf ein Betriebsrat keinen Vorzug leisten. In der Arbeitslosenfrage herrscht Einmütigkeit. Wir sind uns auch einig, daß wir den Kampf um den Sozialismus führen müssen, aber es ist ein Trugschluß, ohne Prüfung der Verhältnisse aus dem Streik die Aktionen führen zu wollen. Im Augenblick ist notwendig, daß die Betriebsräte nicht warten, bis der Unternehmer zu Betriebsbeschränkungen oder gar Stilllegungen greift, sondern der Betriebsrat muß sich laufend über die Geschäftslage orientieren, selbst zweckdienliche Vorschläge machen usw. Geht es nicht anders, dann lieber eine verkürzte Arbeitszeit für alle gemeinsam einführen, als daß die Hälfte der Kollegen arbeitslos wird. Kürzlich wurde mir gegenüber von einem Betriebsrat die Ansicht vertreten, Entlassungen der Zustimmung zu geben und die dann im Betrieb Verbleibenden voll arbeiten zu lassen. Er begründete das damit, wir hätten keine Ursache, dem Staat durch Befall der Arbeitslosenunterstützung Ersparnisse zu machen. So darf nicht verfahren werden. Die Kollegen sind so lange als irgend möglich im Arbeitsprozess zu halten, um sie nicht dem Arbeitsloseneindringelzug zu überlassen, und zwar sowohl aus materiellen wie aus einer Reihe anderer Gründe. Die Krise ist international geworden. Durch die Pariser Beschlüsse wird sie bei uns noch gesteigert. Lehnen wir die Forderungen der Pariser Konferenz als wirtschaftlich unmöglich ab, so haben wir doch den Abstand zu wahren gegenüber dem nationalistischen Geschrei aller derjenigen, die den Krieg mit allen seinen furchtbaren Folgen angezettelt haben resp. die Kriegsverbrecher der ganzen Jahre hindurch unterstützten. Wir haben Forderungen in der Arbeitslosenfrage ausgearbeitet und Regierung und Reichstag unterbreitet; so neben der Erhöhung der Unterstützung die Aufhebung der vierwöchentlichen Karenzzeit für die infolge Streiks arbeitslos Gewordenen usw. Den Hauptwert müssen wir auf die produktive Erwerbslosenfürsorge legen, d. h. Beschäftigung für die Arbeitslosen. Von Behörden und Stadtverwaltungen wird darin noch sehr schwach und kurzfristig gearbeitet. Hier Wandel zu schaffen, muß in stärkerer Maße Aufgabe der Arbeitervertreter dieser Körperschaften sein. Gewiß sind das Palliativmittel, doch wir müssen alles tun, um den Arbeitslosen in ihrer Not zu helfen. Eine volle Lösung des Arbeitslosenproblems kann erst die Bekämpfung kapitalistischer Wirtschaftsanarchie und die Verwirklichung des Sozialismus bringen. Letzteres scheinen jene völlig vergessen zu haben, die heute die Forderung „Aufnahme der vollen Produktion“ als Kampfpapier in die Waagschale werfen. Diese Forderung ist zurzeit unüberwindlich. Unverantwortlich ist es deshalb, diese Parole ohne volle Würdigung des Kräfteverhältnisses in die Waagschale zu tragen. Die Abkennung der für unsere Produktion so wichtigen Rohstoffquellen wie das Saargebiet und Oberschlesien muß hierbei volle Beachtung finden. In diesem Zusammenhang ist auf die Abstimmung in Oberschlesien hinzuweisen. Wir haben nichts gemein mit jenen Kapitalisten, welche die Polen jahrhundertlang geknebelt haben, aber im Interesse unserer Wirtschaft müssen wir wünschen, daß Oberschlesien deutsch bleibt. Noch einige Bemerkungen zu den fünf Stuttgarter Forderungen wie denen des offenen Briefes der R.P.D. Den Verwaltungenstellen, welche dem Vorstand eine Resolution in diesem Sinne unterbreiteten, hat derselbe die Frage vorgelegt, wie sich die Kollegen in der Durchführung dieser Forderungen denken. Eine Antwort ist durchweg überhaupt nicht eingelaufen. In einem Falle jedoch weist uns der Antragsteller darauf hin, daß wir die Vorstand wissen, dazu sei er — der Antragsteller — nicht da. Einzig ist die in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichte Forderung des Bevollmächtigten der Stuttgarter Verwaltungen. Sie befähigt uns erneut, wie man einfach Forderungen realisierbar ist, sind sie von uns seit jeher mit allem Nachdruck vertreten worden; so die Steuerfrage, die Lebensmittelkontrolle, ebenfalls das Ernährungswesen, dergleichen der Wohnungsbau, ebenfalls die Entlohnung der Orgel. Die Bewaffnung des Proletariats im gleichen Atemzuge durchzuführen, macht schon der Friedensvertrag unmöglich. Die Kosten für die Unterstützung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter muss in erster Linie der Unternehmer tragen. Alle diese Probleme müssen wir als Sozialisten planmäßig zu lösen suchen, nicht mit stets wechselnden Tagesparolen, sondern

In höherem, energischem Ringen der arbeitenden Klasse.

In der Diskussion nimmt zuerst das Wort Ring (Schramberg): In einem Betrieb sollte die Arbeitszeit auf 30 Stunden eingeschränkt werden. Der Betriebsrat verlangte, daß zuerst die Selbstverfasser entlassen werden. Die Firma lehnte das ab, weil sie dieselben unter allen Umständen halten will. Es muß darauf gebrungen werden, daß, ehe in einem Betrieb die Arbeitszeit vermindert wird, die Selbstverfasser zu entlassen sind.

Holte (Dortmund): Der Unternehmer will nur einen mündlichen Geschäftsbericht geben. Eine schriftliche Aufnahme desselben oder Notizen darüber seitens des Betriebsrates verweigert er mit dem Hinweis, daß alles dies vertraulich sei. Die Eingabelegung des Organisationsvertreter gestattet er ebenfalls nicht. Dergleichen stellt er das Verlangen, in den Sitzungen des Betriebsrates den Vorsitz zu führen. Alles dies geschieht auf Anweisung des Metallindustriellenverbandes. Die Kollegen haben Beschwerde beim Schlichtungsausschuß erhoben, die Entschädigung desselben steht noch aus.

Riska (Berlin): Die Verhältnisse in bezug auf die Anwendung und Auswirkung des Betriebsrätegesetzes sind nachträglich. Die Hauptaufgabe der Betriebsräte ist zurzeit, alle Verschlechterungen abzuwehren. Bei den Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden ist festzustellen, daß jeder Syndikus nach seiner eigenen subjektiven Auffassung, durch spitzfindiges juristisches Auslegen, versucht, die Rechte der Betriebsräte zu beschneiden. Je nach der wirtschaftlichen Konjunktur werden wir auch hier Erweiterungen oder Verschlechterungen erwarten müssen. Nach seiner persönlichen Meinung drückt den Arbeitslosen der Gedanke, daß er arbeitslos wird, nicht so sehr, als der Gedanke, wann er wieder Arbeit bekommen wird. In völlig stillgelegten Betrieben oder Industrien läßt sich Arbeitslosigkeit nicht verhindern. Die Betriebsräte sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß keine Kollegen entlassen werden. Wo das aber nicht mehr zu umgehen ist, stellt sich heraus, daß die, die entlassen wurden, die Zustimmung erhalten, bei besserem Geschäftsgang zuerst wieder eingestellt zu werden. So wird dann auch verfahren. Dadurch bildet sich der ungesunde Zustand heraus, daß die schon monatelang Arbeitslosen überhaupt keine Aussicht haben, Arbeit zu erhalten, und so ist es in Berlin keine Seltenheit, daß Kollegen ein Jahr und länger arbeitslos sind. Die Betriebsräte müssen dahin wirken, daß die Kollegen, welche am längsten arbeitslos sind, auch zuerst wieder Arbeit bekommen. Durch die Pariser

die Möglichkeit als aufs Mundwort gesehen werden. Die Arbeiterschaft muß wieder einig werden. Mit der Gruppeneinteilung der Ost- und Wagenschmiede kann ich mich nicht einverstanden erklären.

Ziele (Rhein): Ich bin mit Dillmann einverstanden. Die Stärke der Arbeiterschaft geht infolge der Zersplitterung merklich zurück. Sollten auch die Gewerkschaften gespalten werden, sind wir verurteilt. Wenn die Unternehmer sich beliebt fühlen, weil ihnen bei den Sitzungen des Betriebsrats der Vorsitz vorbehalten ist, müssen es die Arbeiter ebenfalls so machen. Die Berichte der Unternehmer, die nach dem Gesetz vierteljährlich erstattet werden müssen, sind mangelhaft. Wir haben deshalb Beschwerde geführt und erreicht, daß unser erster und zweiter Vorsitzender zur Ausschichtsprüfung zugelassen wird. Dadurch sind wir in der Lage, über alles unterrichtet zu sein, was Redner durch Beispiele bekannt gibt. Die Betriebsräte müssen sich mehr Achtung vor den Unternehmern verschaffen und Schritt für Schritt vorwärts drängen.

Roch (Berlin): Den § 39 des B.R.G. legen die Unternehmer ganz einseitig aus. Wenn ein Betriebsratsmitglied vom Schlichtungsausschuß abgesetzt worden ist, so muß nach meiner Meinung derselbe bei einer Neuwahl wieder wählbar sein. Man muß verlangen, daß jedes Mitglied auch ohne Zustimmung des Betriebsrates Klage erheben kann. Betriebsräte geben oft leichtfertig ihre Zustimmung zur Entlassung von Arbeitern, demgegenüber muß ein Beschwerdebeweg geschaffen werden. Ohne Unterschrift des Betriebsrats darf kein Entlass der Unternehmer rechtsgültig werden. Dem Kollegen Geer bemerkte ich, daß Forderungen an die Unternehmer so zu stellen sind, um sie auch durchsetzen zu können. Redner schildert das Geschehen der R.P.D. beim Kampf bei der Firma Löwe in Berlin und warnt, bei Neuwahlen nach politischen Parteien zu wählen. Alles muß sich auf dem Boden der Gewerkschaft finden, ohne Verpflichtung auf den offenen Brief der R.P.D.

Günther (Duisburg) spricht zur Kontrolle der Produktion. Es ist nicht alles herausgeholt worden, aber so einfach ist es nicht. Wir müssen die Kollegen der Afa mehr für uns gewinnen, bis jetzt haben die Angestellten öfter verlagert. Um die Arbeitslosigkeit zu vermeiden, muß man Gemeinde und Staat drängen, die Beschäftigung aufzunehmen. In Zukunft ist genau zu prüfen, ehe man zum Streik greift, was für uns besser ist.

Frensd (Köln): Der Vorstand muß die Betriebsräte mehr schulen. Von den örtlichen Schulen bin ich nicht befriedigt. Zur Sozialisierung braucht man geschulte Kräfte. Ich wünsche Vorträge über Volkswirtschaft. Wo die Arbeiterschaft einig ist, kann immer noch etwas erreicht werden.

Brandes (Vorstand): Bei der heutigen Aussprache will der Vorstand die Meinung des Beirats kennen lernen. Nach Mitteilungen im Reichstag ist in Wäld die Befreiung des Rohstoffmangels zu erwarten. Dem Protest Riska gegenüber dem Aufruf des D.M.A. schließt ich mich an. Man muß bei der Abfassung solcher Aufrufe sehr vorsichtig sein. Redner verteidigt die Maßnahmen des Vorstandes, die Durchführung der Sozialisierung des Bergbaues hält er für möglich. Bei Beratung des Bilanzgesetzes im Reichstag haben die Vertreter der R.P.D. kein Wort mitgeredet, obwohl diese Unterlagen ein wichtiger Bestandteil zur Durchführung der Produktionskontrolle sind. Einige Verbesserungen sind in den Entwurf hineingebracht worden. Auch ich bin der Meinung, daß man Forderungen so stellen soll, daß man sie auch durchsetzen kann. Man muß aus der Erfahrung lernen. Auch in der Zeit der Krise sind Erfolge beschieden, wenn man einig ist.

Vorhölzer (Stuttgart): Wenn durch die heutige Konferenz ein Teil der unliebsamen Erscheinungen der letzten Zeit verschwindet, wird dies unser erster Erfolg sein. Die Rechte der Betriebsräte sind minimal, nichtsdestoweniger haben einzelne viel erreicht. Doch erleben wir auch das Gegenteil, und zwar hauptsächlich, weil sich die Betriebsräte zu Tätigkeiten mißbrauchen lassen, die sie nichts angehen. Die Unternehmer haben nach der Revolution nicht umsonst den Arbeitern vermeintliche Rechte in die Hand gegeben, man suchte die Organisations systematisch auszuschalten und glaubte dies durch die Betriebsräte zu erreichen. Aus dieser Situation erklärt sich manches. Mit der Einführung der Freizügigkeit wollen die Unternehmer wieder willkürliche und billige Arbeitskräfte vom Lande gewinnen. Die Sturz-arbeiterunterstützung bilde auch manchen Unternehmer schwer. Manche Ausgabe für die Betriebsräte hat sich noch nicht bezahlt gemacht. Was wir von den Angestellten fordern müssen, sind sie noch nicht. Redner tritt für die Anlegung einer Sammlung von Material in der Zentrale ein, um dasselbe den Betriebsräten zugänglich zu machen. Damit wurden anderweitig günstige Erfahrungen gemacht. Den Versuchen der Unternehmer, mißliebige Betriebsräte durch Selbstfindungsummen los zu werden, gilt es entgegenzutreten. Ein weiterer Versuch der Unternehmer, den Leistungslohn abzuschaffen, muß ebenfalls jurisdigensieren werden, weil die Arbeitsämter erklären, keine Änderungen Familienwäter mehr vermitteln zu können.

Schneider (Saargebiet): Im kapitalistischen Betrieb halte ich es für unmöglich, die Bilanzen zu kontrollieren. Die Unternehmer versuchen überall, die Rechte der Arbeiter zu besitzeln. Ich bin noch nicht informiert, was für Richtlinien herauskommen sollen. Auch im Saargebiet macht sich die Arbeitslosigkeit bemerkbar. Man sieht die Uneinigkeit der Arbeiterschaft den linksstehenden und unklarerer Elementen zu, ich möchte dazu bemerken, daß auch sie nur das Beste im Auge haben und keinerlei Vorteile irgendwelcher Art für sich in Anspruch nehmen.

Cart (Hürtz): Die Bilanz- und Produktionskontrolle darf nicht untereinander gemacht werden. Die Produktionskontrolle ist für uns einfach, in die Bilanzen gewinnen wir schwer Einblick, die Unternehmer verstehen es meisterhaft, diese zu verschleiern.

Dillmann (Schlußwort): Die Erfahrung bei Kriegsende, wo die Unternehmer die Entlassungen den Vertretern der Arbeiterschaft übertragen haben, lehrt uns, daß die Sache schwierig ist. Auch auf dem Lande hat es arme Proletarier. Jeder soll sich bewußt sein, daß die nächste Zukunft uns nichts Gutes bringt. Was uns fehlt, ist eine gutgeformte sozialistische Arbeiterschaft. Wenn Betriebsräte leichtfertig ihre Zustimmung zur Entlassung geben, so müssen sie gemarnt werden. Wo Unternehmer wichtige Vorschläge von Verbesserungen seitens der Betriebsräte ablehnen, müssen solche Fälle dem Vorstand mitgeteilt werden. Bei den Angestellten ist doch vieles besser geworden und wir müssen ein enges Zusammenarbeiten mit ihnen fördern. Später hoffe ich, daß wir auch zu gemeinsamen Tagungen mit Angestelltenvertretern kommen, heute mühten wir mit dem Anfang bei uns beginnen. Um Dienstvorschriften Geltung zu verschaffen, müssen beide Teile unterschrieben haben. Wir werden unsere Lattiz so einrichten, wie augenblicklich die Verhältnisse liegen, gegenwärtig sind die Machtverhältnisse mehr auf Seiten der Unternehmer. Unsere Kräfte dürfen wir nicht nutzlos aufs Spiel setzen. Bei Überarbeit ist immer genau zu prüfen, doch warne ich vor einer generellen Festlegung. Riska Anrecht in der Arbeitslosenfrage ist in ihren sozialen Gesichtspunkten richtig, ob sie jedoch immer gangbar, muß ich bezweifeln. Kollege Geer hat heute zwei Paar Stiefel an und ich nehme an, daß er bald zur Heimat zurückkehrt. Redner bespricht eingehend die Schwierigkeiten Deutschlands in der Wirtschaftslage. Die Schulung der Betriebsräte muß fortgesetzt werden, obwohl man weiß, daß durch solche Kurse noch kein Betriebsrat eine Bilanz prüfen kann. Dem Kollegen Geer habe ich zu sagen, daß der Vorstand eingehend die Stuttgarter Forderungen geprüft hat, aber im jetzigen Moment von der Undurchführbarkeit überzeugt ist. Man verzieht immer bei solchen Anlässen, auch dem Vorstand den Weg und die Mittel mit anzugeben, um dieselben zu verwirklichen. Wenn Kollege Geer sagt, die Gewerkschaftsorganisationen seien mit Schuld, daß in Hamburg 19 000 Unionisten vorhanden seien, so ist das falsch. Mitglieder unseres Verbandes sind es, so auch von der Zentrale in Berlin, die den Unionisten und deren Treiben Vorzug leisten und so die Organisation aufs schwerste lähmen. Redner belegt dies durch zahlreiche Beispiele. Wenn man vergebens, die Einigkeit des Proletariats zu wollen, dürfe man nicht jeden Tag Schmutzkübel der Verleumdung über die Organisation und deren Funktionäre entleeren. Es ist unmöglich, daß ein solches Spiel von eigenen Verbandsmitgliedern weiter betrieben werden kann.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung berichtet Reinken (Eisen): Beiratsmitglied der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale: Die Hinauszögerung der ersten Sitzung hatte ihre Ursache in dem lang-

Skaven

Früher zwang man den Skaven mit der Peitsche zur Arbeit. Der Sklave war durch den Begriff des Eigentums ein erbenetes, getauschtes oder geerbtes Gut geworden; er hatte also einen Wert wie ein Ochse, der Esel und das Pferd und zog daher dem Eigentümer, wenn er ihn verlor, einen Verlust nach sich.

Seit der Einführung des Geldes hat der Mensch gar keinen Wert mehr, nicht einmal den des Viehes, und man dürfte getrost den Menschenhandel in Deutschland, Frankreich und England erlauben, man würde nicht viel Geschäfte damit machen. Der Mensch hat in diesen Ländern den Preis verloren, am ein Stückchen Brot kann man ihn haben, und noch dazu einen recht frischen, jungen, kräftigen Menschen, und hat alsdann auch noch die Wahl und Dank und Handfuß obendrein.

Früher machte man den Menschen mit Gewalt zum Sklaven, jetzt verkauft er sich selber, seine Gesundheit, seine Jugend und sein Blut für das, was man ihn Vaterland zu nennen gelehrt hat und was so viel sagen will, als die Gesamtheit alles Eigentums und aller Eigentümer in dem Lande, wo er geboren wurde und wo er und seinesgleichen nichts besitzen und ebensowenig Hoffnung haben, je etwas darin zu besitzen.

M.H. Westling, „Garantien der Harmonie und Freiheit“.

Beschlüsse werden mir noch weitere Arbeitszeiteinschränkungen zu erwarten haben. Der Aufruf des D.M.A. und der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale ist nicht geeignet, die beschäftigten und notwendige Wirkung auf die internationale organisierte Arbeiterschaft auszuüben. Hier mußte eine andere Fassung gefunden werden. Die Industrie Verlink ist eng verbunden mit den ober-schlesischen Rohprodukten und er richtet die Aufforderung an die Vertreter des Reiches, der Kollegenreisen für eine deutsche Abstimmung zu wirken.

Dillmann erklärt, daß er an der Abfassung des Aufrufes des D.M.A. unbeteteiligt und nicht zugegen war. In der Sache selbst sind wir wohl alle einig. Doch den Vorstand könne auch er nicht gutheißen, dieser mußte anders gewählt werden. Wir finden in dem Aufruf Redewendungen, die unüberbleiblich mühten.

Balawcz (Berlin): Die Betriebsräte als Verhandlungsführer vor den Schlichtungsausschüssen mühten mehr wie bisher geübt werden, um sich dort besser durchsetzen zu können. Durch den Abschluß der Arbeitsordnung zwischen den Spitzenorganisationen ist es den Betriebsräten nicht möglich, eine Änderung herbeizuführen, da die Schlichtungsausschüsse es ablehnen, eine Entscheidung zu fällen, weil eine tarifliche Bindung vorhanden sei. Ebenso oerweilert der Schlichtungsausschuß eine Entscheidung in Streitfällen nach § 84, wenn der Betriebsrat seine Zustimmung zur Entlassung gegeben hat. Deshalb muß es eine Revolutionsinstanz geben, wo der Kollege sein Recht vertreten kann. Im Auftrage der ober-schlesischen Arbeiterschaft richtet er den eindringlichen Appell an die anwesenden Vertreter, alles daran zu setzen, daß Oberschlesien deutsch bleibt. Wir dienen damit nicht nur unseren ober-schlesischen Kollegen, sondern auch unserer eigenen Sache.

Geer (Hamburg): Das Referat Dillmanns hat mich nicht befriedigt, ich vermitte einen Überblick über die wesentlichen Ursachen der Wirtschaftskrise. Mit dem Urstoffbetriebe ist eine Verbindung herzustellen, um eine Kontrolle über die Produktion zu bekommen. Die Zersplitterung der Arbeiter ist zu beklagen und es ist zuzugeben, daß wir dadurch an Schlagkraft verloren haben. Wenn man etwas erreichen will, muß man sich vorher zusammenschließen und die Einheitsfront herstellen. Dillmann sagt, durch die Wirtschaftskrise von links werde das Proletariat verlagert, wenn man es notwendig brauche. Diese Möglichkeit gebe ich zu, aber die andere Seite ist mißschuldig, weil sie immer absagt. Vom Vorstand muß man alles Material und Kenntnisse erhalten, das notwendig erscheint, die Produktionskontrolle durchzuführen. Die Krise im Schiffbau wirkt auch im Ausland schwer, der deutsche Arbeiter arbeitet zu billig und hilft zur Schmutzkonkurrenz. Unerschütterbar sind die Forderungen der Entente, man muß doch Deutschland auch noch produzieren lassen. Redner geht auf die Hamburger Verhältnisse näher ein und kommt dann noch auf die bekannten Stuttgarter Forderungen zu sprechen. Ich kann zwar auch keinen Weg angeben, das muß der Vorstand selbst wissen. Was beim Rapp-Putzsch möglich war, muß auch heute noch gehen. Wenn auch die Opposition noch nicht erreicht hat, so bewirkt ihr Vorgehen doch, daß sich die Mitglieder mehr um ihre Organisation kümmern. (Beifall) (Widerpruch). Den Vorwurf der Organisationszersetzung weise ich zurück. Bei Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes muß man auch mit der Stimmung der Arbeiter fühlen und den Abwehrtampff aufnehmen.

Buttermann (Aalen): Die Unternehmer verlagert auf den Rat der Betriebsräte. Jeder Vorschlag ist ihnen sehr unbedauerlich. Haben die Firmen wenig Aufträge, wird einfach eingeschränkt. Erhebt der Betriebsrat dagegen Einspruch, wird entweder ganz zugewandt und die unliebsamen Betriebsräte entlassen oder dieselben sonst schikaniert. Leider sind die Betriebsräte oft selbst nicht einig, was Redner an Beispielen darlegt. Nach seiner Meinung sollen die Betriebsräte nicht ganz von der Arbeit befreit werden, um die Verbindung mit ihrem Kollegen nicht zu verlieren.

Rudroff (Münster): Bis jetzt ist noch kein gangbarer Weg gezeigt worden. Die Betriebsräte haben keinen Schuß. Man kann von den Unternehmern in der Einigkeit lernen. Die Betriebsräte mühten sozialistischer handeln. Bei der Wahl der Betriebsräte muß mehr auf

Berichte

Auslandsmonteur.

Wie hoch soll die Forderung für die Auslandszulage eines Monteurs sein? In Anbetracht des Tiefstandes der deutschen Wirtschaft...

Metallarbeiter.

Urnstadt. Eine Mitgliederversammlung nahm unter anderem auch Stellung zu den zwischen Unternehmen und Arbeiterschaft bestehenden Verhältnissen.

Eisenach. In der ordentlichen Generalversammlung gab Kollege Bock den Jahresbericht. In der nachfolgenden, sehr lebhaften Diskussion kam ganz besonders zum Ausdruck...

Schwab. Umwand. Generalversammlung. Der Geschäftsbericht wurde vom Kollegen Böhmler gegeben. Hinweisend auf das verfloßene Jahr führte der Redner aus...

Ganaa. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung, Geschäftsbericht und Neuwahl der Ortsverwaltung und Geschäftsleitung...

Heidenheim. In der Generalversammlung erstattete den Geschäftsbericht Kollege Gieger. Aus demselben geht hervor...

Heilbronn. Den Kassenbericht in der Jahresversammlung gab Kollege Ellinger, den Geschäftsbericht Kollege Ziegler. Die Mitgliederzahl beträgt 5853...

Lahe L.B. In unserer diesjährigen Generalversammlung gab Kollege Walter den Jahresbericht, aus dem ein arbeitsreiches Jahr zu ersehen war.

Lörrach. Generalversammlung. Im Geschäftsbericht gab Kollege Fosseler in längeren Ausführungen bekannt, wie das ganze Jahr hindurch eine Lohnbewegung...

Ludwigshafen. Eine christliche Plamagie. Der Betriebsobmann der Firma Plag, Heinrich Plag, erhielt am 28. Januar eine Vorladung vor den Schlichtungsausschuss...

Reina. Jahresgeneralversammlung. Der Geschäftsbericht wurde vom Kollegen Hüter gegeben. Lohnbewegungen haben acht stattgefunden...

Rosbach. Die Generalversammlung fand unter großer Beteiligung statt. Da der Kassenbericht gedruckt vorlag, wurde auf Wunsch der Versammlung...

Trossingen. In der ordentlichen Generalversammlung gab der Geschäftsführer Kollege Schwaibach den Bericht über die Tätigkeit im letzten Jahre.

Wurzen. Generalversammlung. Geschäftsführer Kollege Schreiber gab einen kurzen Überblick vom verfloßenen Geschäftsjahr. Die im Jahre 1920 stattgefundenen Sitzungen...

Zwickau. Amsterdam oder Moskau? Auf ihre vermeintliche Stärke pochend, hatten die kommunistischen Zellen in der Zwickauer Ortsverwaltung...

Rundschau

25 Jahre Arbeiterleben in Arbeitszeit und Verdienst

Table with 8 columns: Jahr, Arbeitsstunden pro Jahr, Jahresverdienst in M., etc. Rows show data from 1898 to 1908.

Der Kollege Obermeyer (Hannover) sendet uns diese Zusammenstellung. Gewissenhaft hat der Kollege seit 25 Jahren Arbeitsleistung und Verdienst aufgezeichnet.

Die Eheschließungen Träger und heute

Table with 3 columns: Jahr, Anzahl, etc. Rows show marriage statistics from 1911 to 1920.

Die Wirkung des Weltkrieges ist in diesen Zahlen deutlich erkennbar. Doch sind heute die Motive der Eheschließungen wesentlich andere als früher...

Die Arbeitsermüdung der Industriearbeiter.

In England besteht seit drei Jahren ein Amt für die Erforschung der Arbeitsermüdung der Industriearbeiter (Industrial Fatigue Research Board), welches durch das wissenschaftliche und industrielle Forschungsamt und der ärztlichen Landarbeit gemeinsam aufgestellt wurde.

Dieses Amt hat unlängst einen Bericht über die Ermüdung und Leistungsfähigkeit in der Eisen- und Stahlindustrie veröffentlicht, dessen Ergebnisse wir hier kurz wiedergeben.

Der Bericht stellt weiter fest, daß die Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf acht Stunden, welche seit Februar 1919 allgemein wurde, die jährliche Leistung der Arbeiter nicht erhöht hat.

Die Frauen in den Gewerkschaften.

Mit der Ausbreitung der Industrie ist auch die Zahl der Frauen gewachsen, die in das Erwerbsleben hineingerissen wurden. Gleich ihren männlichen Arbeitskameraden erkannten auch sie den Wert der Organisation und traten den freien Gewerkschaften bei.

Die größte Zahl weiblicher Mitglieder zählt der Verband der Textilarbeiter. Ihm folgen die Metallarbeiter, die beide insgesamt über 500 000 Frauen organisiert haben.

Die Rohlenproduktion Deutschlands im Jahre 1920.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht folgende Angaben über die Rohlenproduktion des Deutschen Reiches:

Table with 3 columns: Year, Deutsches Reich ohne Saarrevier und Pfalz, Steinkohlen Tz., Braunkohlen Tz.

Die Produktion von Koks betrug im Jahre 1920 25 177 039 Tonnen gegen 21 206 689 Tz. im Jahre 1919.

Der Kaffeemarkt zu Beginn des neuen Jahres.

Die brasilianischen Kaffeeproduzenten, so wird dem Berliner Börsen-Courier geschrieben, betragen vom 1. Juli bis 31. Dezember in den letzten drei Jahren für Rio- und Santos-Kaffee:

Table with 3 columns: Year, Rio, Santos

Während des ganzen Jahres 1920 waren die Kaffeepreise rückwärtig. Am 2. Januar 1920 war auf dem Hamburger Terminmarkt für Santos-Kaffee die Notierung der Märzfrucht 62, der Dezemberfrucht 57 Cent.

Der vielstellige Kapital.

Marianische Jungfrauenkongregation, Gewerkschaften, Kontroll-Schriften und Ehestandsbücher — wie nennt sich das zusammen? Die aus M. Stadler berichtet wird, heißt die „Königliche Volksgemeinschaft“.

Seine zentralistischen Hintermänner mit dieser Flucht vor den Gewerkschaften ja ihre Angst und ihre Ohnmacht. Die vorgeblich, alles überwindende Kirche zieht sich auf ihre Unzulänglichkeit zurück.

Für die beachtliche Abschmückung von den freien Gewerkschaften soll dann als Trostpfänderchen eine — Sparkasse eingerichtet werden.

Aus dem Schreiben an die Marianische Jungfrauenkongregation ist auch wieder zu erkennen, wie sehr diese Deutschen unter Kontrolle gehalten werden, damit sie nicht vom Wege der Zentrumstugend abweichen.

Ein Freund eines guten Croptens

muß der verstorbene Dechant in Oberwesel am Rhein gewesen sein. Die Erben dieses weinliebenden Pfarrers veräußerten aus dem parzerlichen Nachlaß u. a.:

Table with 2 columns: Quantity, Description (e.g., 308 Liter 1918er Rotwein)

Kommentar überflüssig. Die Verteilung einer solchen Menge Alkohol aus dem Besitze eines Einzelnen geschieht in einer Zeit, wo Millionen Menschen vor Unterernährung zugrunde gehen.

Vom Husland

Der Wirtschaftsrat der französischen Arbeiter.

Der französische Gewerkschaftsbund ist durch einen tödlichen Michterpruch aufgelöst worden. Das Urteil hat zwar keinen praktischen Wert, doch ist es kennzeichnend für die allgemeine Lage der Arbeiter in Frankreich.

Gelegentlich des letzten Gewerkschaftskongresses in Orleans sind wegen dieses Wirtschaftsrates heftige Debatten geführt worden.

Das Hauptgewicht der Arbeit des Wirtschaftsrates fällt auf die Ausarbeitung von Plänen für die Sozialisierung der wichtigen Betriebe und Industrien.

Der Gildensozialismus in England.

Die neugegründete Genossenschaft der Vereinigten Verkehrsarbeiter (The United Vehicle Workers) ist jetzt im Begriff, ein großartiges Unternehmen in London zu gründen.

Amerika.

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund, wie einem jüngst erschienenen Bericht zu entnehmen ist, zählt gegenwärtig 4 080 000 Mitglieder, was eine Vermehrung um mehr als 800 000 gegenüber der Mitgliederzahl von 1919 bedeutet.

Australien.

Die englische „Labour Gazette“ teilt mit, Ende 1918 hätten in Australien 394 Gewerkschaften (Trade Unions) mit 581 755 Mitgliedern bestanden.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werk angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Die Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, Preis vierteljährlich 13 M., Einzelheft 1 M.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Januar 1921. Einnahmen: Von den Filialen eingekandt 278819,96 M.

Verbands-Anzeigen

Angestellte gesucht. Saarbrücken. Zwei Geschäftsführer für Agitation und Verwaltung zum sofortigen Eintritt gesucht.

Sonstige Anzeigen

Fahrrad-Schleifer, einen tüchtigen, suchen Gebr. Winkler. Feilenhauer, jüngerer, für Maschinen Feilen 1 und 3 auf sofort gesucht.